

## Der bekehrte Lloyd George

Gegen die Kriegssychose in Europa

Man braucht wirklich nicht zu den Menschen zu gehören, die aus angebornem Pessimismus oder aus Freude am Selbstquälen sorgfältig Tag für Tag alle „Beweise“ zusammmentragen, die als Anzeichen eines neuen großen Krieges zu deuten wären. Ebenso wenig darf man aber verkennen, daß wir augenblicklich in einer Zeit leben, in der so viel vom Kriege gesprochen wird wie nie zuvor in den vergangenen Jahren nach dem großen Weltkrieg. Die bekannte Wellenerscheinung, die man so oft bei den Vorgängen des täglichen Lebens feststellen kann, zeigt sich auch hier. In den ersten Jahren nach dem Kriege, also noch unter dem unmittelbaren Eindruck der furchtbaren Geschehnisse, brauste eine pazifistische und antimilitaristische Welle dahin. In jenen Jahren war auch die Neigung, durch internationale Abmachungen zu einer allgemeinen Abrüstung zu kommen, bei den Völkern außerordentlich stark, dagegen weniger bei den Regierungen, die aus durchweg politischen Gründen das Verlangen einer allgemeinen Abrüstung bekämpften.

Als nach jahrelangen vorbereitenden Abrüstungskonferenzen die eigentliche Abrüstungskonferenz endlich in Erscheinung trat, war bereits ein Umschwung der Stimmung eingetreten. Heute sehen wir, daß das Genfer Einigungswerk nur noch mit Hilfe einiger politischer Kampferippen mühsam am Leben erhalten wird. Der Tag, an dem die Abrüstungskonferenz mit einem völligen Fiasko endet, scheint nicht mehr allzu fern zu sein, denn wir stehen mitten in einem Wettlaufen der Militärmächte, wie es die Welt noch nicht gesehen hat.

Daß sich angesichts derartiger trostloser Auspizien die Stimmung verdüstert, ist nicht weiter verwunderlich. Nur aus dieser Gemütsverfassung heraus ist es zu erklären, wenn z. B. aus den nordböhmischen weltbekannten Kurorten, Karlsbad, Marienbad und Teplitz allen Erstes der Vorschlag gemacht wird, in kommenden Kriegsjahren Kurorte und Heilbäder unter dem Schutz des roten Kreuzes zu stellen. Im besonderen sollen damit derartige Kurorte vor Luftangriffen geschützt werden. Voraussetzung ist allerdings, daß sie international anerkannt sind, keine Befestigungen und keine Kriegswaffengerzeugung besitzen und vor allem auch nicht in der Frontlinie liegen. Besondere Kennzeichen sollen derartig international anerkannte Kurorte Tag und Nacht den Schutz vor feindlichen Luftangriffen bewirken.

So gut dieser Vorschlag auch gemeint ist, so wenig Aussicht auf Verwirklichung hat er angesichts der Entwicklung, die gerade die Luftwaffe im vergangenen Jahrzehnt genommen hat. Auch werden sich immer Gründe militärischer Notwendigkeiten ergeben können, die einen Angriff auch auf Kurorte rechtfertigen. Der Fall zeigt aber, bis in welche Kreise hinein die Besorgnisse vor einem künftigen Krieg bereits vorgebrungen sind. Umso bemerkenswerter sind in diesem Augenblick die ersten und eindringlichen Warnungen, die einer der schärfsten Kriegsgegner Deutschlands, ausgesprochen hat: Lloyd George. Lloyd George ist jedem Deutschen bekannt als der Schöpfer des gesegneten Wortes von den „silbernen Äugeln“, die letztlich den Krieg gewannen. Er war es, der vor allem die Kriegswirtschaft Englands organisierte und mit Mitteln, die der englischen Tradition geradezu ins Gesicht schlugen, die Aufrichterhaltung und Vervollkommnung der englischen Kriegsrüstung durchführte. Er war die eigentliche Seele des geradezu erbitterten Kampfes England gegen Deutschland, sodas er mit Recht einen großen Teil des Ruhmes, den Sieg für den Feindbund erungen zu haben, für sich beanspruchen darf. Dieser selbe Mann hat bei der Eröffnung einer Antikriegsausstellung in London eine Rede gehalten, die das schärfste Verdammsurteil des Krieges schlechthin darstellt. Die Gründe, die den „Daily Express“ und die englischen Kriegsgegner unter Führung des Lords Beaverbrook zur Führung ihrer Antikriegskampagne veranlaßt haben, und die zum Teil auf innenpolitischem englischem Gebiet zu suchen sind, interessieren uns in diesem Zusammenhang weniger als die Tatsache, daß Lloyd George sich gegen jegliche Schönfärberei ausgesprochen und ein geradezu entsetzenverbreitendes Bild entrollt hat, was in Wahrheit ein Krieg bedeutet. Wir wollen auch außer Acht lassen, daß er sich bei dieser Gelegenheit mit den Kritikern seiner „Erinnerungen“ scharf auseinandersetzt. Aber daß Lloyd George als eines der größten Schrecknisse der Kriegführung die Aushungerung eines Volkes mit dem Tode von Millionen hinstellt, ist im Munde des Organisators der Hungerblockade ein besonders schwerwiegendes Zeugnis. Wir verzeichnen ferner, daß Lloyd George den Vorwurf der grausamen Kriegsführung, der bekanntlich während des Krieges vor allem gegen Deutschland erhoben wurde, auf alle kriegführenden Nationen in dem Sinne ausgedehnt hat, daß er jeden Krieg schlechthin als grausam bezeichnet. Wenn er weiter die Schrecknisse eines kommenden Krieges in den düstersten Farben malte, hat er doch keinen Hehl daraus gemacht, daß die Kriegsgesfahr als solche besteht.

Am gleichen Tage hat auch Mussolini bei der Einsetzung der Spitzen der 22 Korporationen, die die Grundlage für die korporative Kammer abgeben werden, eine Rede gehalten, die durch einen starken außenpolitischen

## Tagespiegel.

Das belgische Kabinett ist nun beim Zusammentritt der Kammer wegen Meinungsverschiedenheiten im Ministerrat zurückgetreten.

Ministerpräsident Göring sprach in der Akademie für deutsches Recht über „Die Rechtschaffenheit als Grundlage der Volksgemeinschaft“.

Reichskommissar Dr. Gördeleer hat Anordnungen über Preisbindungen und gegen Verteuerung der Bedarfsdeckung getroffen.

Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk sprach in Aachen über „Öffentliche Finanzen und Wirtschaft“.

Der südamerikanische Politiker, General Smuts, sprach sich in einer Rede in London für die deutsche Gleichberechtigung und für Revision des Friedensvertrages aus.

Pessimismus gekennzeichnet war. Beide rednerischen Ereignisse geben denn doch zu denken. Dämmert den beiden Staatsmännern allmählich die Erkenntnis auf, was sie mit ihrer Politik in Vergangenheit und Gegenwart angerichtet haben? Wollen sie durch ihre Warnrufe die Völker zur Besinnung rufen, damit die Fahrt in den Abgrund noch im letzten Augenblick gestoppt werde? Wir wissen es nicht, wohl aber wissen wir das Eine, daß manches anders gekommen wäre, wenn man heizellen auf die Stimme Deutschlands gehört hätte.

So spät es auch erscheint, zu spät ist es noch nicht. Wie sich die anderen Völker mit der Entwicklung abfinden, ist ihre eigene Angelegenheit, das deutsche Volk bekennt sich zu den wiederholten feierlichen Erklärungen seines Führers Adolf Hitler: zum Frieden und zur Friedensbereitschaft!

## Wahnung an das In- und Ausland

Der Reichsfinanzminister über „Öffentliche Finanzen und Wirtschaft“

Aachen, 13. Nov. In Aachen sprach am Montag abend der Reichsminister der Finanzen, Graf Schwerin von Krosigk, über „Öffentliche Finanzen und Wirtschaft“. Er erinnerte an die Scheinkonjunktur, die mit Hilfe des Auslandskredites erzeugt wurde, und an den großen Fehler, daraus nicht die Reserve zu schaffen für die Krisenzeit, die unvermeidlich in dem Augenblick kommen mußte, in dem die Kredite nicht mehr floßen. Die dann folgende Drohselung der Ausgaben verringerte nicht nur alle Einnahmen, sondern erhöhte auch die Ausgaben für die Arbeitslosigkeit und schädigte die Steuermoral.

Die erste Wende dieser Politik kam Ende Januar 1933, als man die Sicherung des Haushaltes aufbaute auf das Vertrauen des Volkes. Praktisch geschah das durch Vermehrung und Verstärkung der öffentlichen Aufträge einerseits und dem Anreiz zur Vermehrung der Privataufträge andererseits. Auch das zusätzliche Arbeitsbeschaffungsprogramm war nicht eine künstliche, sondern eine echte Arbeitsbeschaffung, weil es gleichzeitig der Wirtschaft Anstoß zur Initiative gab. Mit Nachdruck wies der Minister auf die Notwendigkeit hin, die Arbeiterschaft, die am stärksten den Wirkungen von Krisen ausgesetzt sei durch Stiebung krisenfest zu machen. Für die Behebung der privaten Initiative nannte der Minister zahlreiche Beispiele, unter anderem die Steuererleichterungen und die Ehestandshilfe. Hier sei eine sehr dringlich gewordene Bevölkerungspolitik durchgeführt worden, weil unser Volk im Begriff stand, zu sterben. Wirtschaftlich war es einer der unsagbarsten Irrtümer der Nachkriegsjahre, zu glauben, die Arbeitslosigkeit könne durch Verminderung der Kinderzahl bekämpft werden. Wenn das neue Einkommensvergele sich nicht überall volle Zufriedenheit hervorgerufen habe, so sei das zu verstehen, aber jede Steuerentlastung habe ihre Grenzen. Hier liege die Grenze in der Vorbelastung der kommenden Jahre durch die Rückzahlung der Kredite, die zur Finanzierung der zusätzlichen Arbeitsbeschaffung aufgenommen worden sind. Die oft gestellte Frage, woher das Geld für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung genommen wurde, beantwortete der Minister dahin, daß es in Wechseln von den Sparkassen und Banken, u. a. auch von der Reichsbank gegeben worden sei. Die Einlösung dieser Wechsel belastete zwar die kommenden Jahre, aber abgesehen davon, daß im Jahre 1933 gar keine andere Wahl gegeben war, sei es eine einfache Rechnung, zu beweisen, daß die Rückzahlung der Wechsel durch die Ersparnisse aus Aufwendungen für Arbeitslosenhilfe und Steuermehreinnahmen aus der Wirtschaftsbelebung gesichert sei.

Auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft werden wir bestimmt nicht pleite gehen, erklärte der Minister, machte aber auf Gefahren derde aufmerksam. Alte Weiber beiderlei Geschlechts machten aus einer leicht verständlichen Knappheit die Ueber-treibung eines Mangels. Es sei ganz selbstverständlich, daß die Defizita des neugewekten Mehrbedarfs auch eine vermehrte Ein-

fuhr von Rohstoffen erfordere. Die Devisenschwierigkeit seien eine Folge des Versailles Diktats. Deutschland, das industriekostlose Land der Welt, sei durch das Versailles Diktat das rohstoffärmste und damit kapitalärmste Land geworden. Das sei etwas, was es sonst in der Welt nicht gebe. Stets seien die großen Industrieländer Gläubiger gewesen und hätten Kredite an die Rohstoffländer gegeben die damit ihre Rohstoffe bezahlten. Nachdem uns unsere Rohstoffgebiete genommen worden seien, wir also mehr noch als früher Rohstoffe kaufen und mit Devisen bezahlen müßten, sollten wir auch politische Schulden bezahlen. Das Ausland, das wohl wisse, was eine solche Bezahlung nur durch Ware möglich sei, verweigere die Abnahme dieser Waren. Das sei widersinnig. Wir haben stets unseren Gläubigern gesagt: Wir wollen zahlen, laßt uns zahlen mit dem, was Deutschland leisten kann, mit Waren und mit Diensten. Aber Waren von Deutschland ablehnen und gleichzeitig Bezahlung von Deutschland zu fordern, das ist ein wirtschaftlicher Irrsinn und ist nicht durchführbar. Ich hoffe, daß wir schließlich doch einmal mit diesen ganz selbstverständlichen und ganz klaren Beweisgründen Gehör finden werden. Vorläufig bleibt uns nichts weiter übrig, als den bisherigen Weg zu gehen, jeden Versuch zu machen unsere Ausfuhr zu fördern, aber auch unsere Einfuhr aus dem Auslande einzuschränken.

Dabei hat der Minister, ein Wort nicht anzuwenden, das er hasse, das Wort: Ersparnisse. Was wir selbst erzeugen, sind nicht Ersparnisse. Ebenso wie der Rübenzucker kein Erzeugnis war für den Rohzucker. Der neue Devisenplan wird zweifellos Schwierigkeiten bereiten, niemals aber fühlbaren Mangel bringen, wenn nicht das deutsche Volk selbst die Nerven verliert und durch ungerechtfertigte Hamsterei Schäden herbeiführt, zu denen kein Anlaß vorliegt. Hamsterei würde nur zur Preistreiberi führen. Daß die Regierung jeder Preistreiberi scharf entgegentritt, hat sie durch die Ernennung Dr. Gördeleers zum Preiskommissar und durch dessen Sofortmaßnahmen bewiesen. Alle diese Finanz- und Wirtschaftsmahnahmen der Regierung bedeuten nicht das Ende der freien Wirtschaft. Der Staat schreibt nicht jedem Betrieb die Einzelheiten seines Handelns vor, sondern er gibt nur die Richtlinien, mit denen er die Wirtschaft lenkt und leitet, um aus der marxistischen Entstellung der Begriffe von der Ehre der Arbeit und der Ehre des Handelns herauszulommen.

Stürmischen Beifall fand der Minister als er erklärte: Der königliche Kaufmann war in dem Augenblick verschwunden, als über dem Hauptbuch nicht mehr stand: „Mit Gott“. Falsch wie der ganze Marxismus, war auch sein Glaube an ein Primat der Wirtschaft vor der Politik. Mit dieser Lehre machte der Staat selbst der Wirtschaft Konkurrenz. Je stärker ein Staat ist, um so weniger hat er es nötig, selbst Wirtschaft zu treiben. Darum ist unser Staatsziel: ein starker, ehbarer Staat und in der Hut dieses Staates eine freie ehbare Wirtschaft.

## Der Preiskommissar greift durch

Markenartikel nur noch mit Genehmigung des Reichskommissars — Maßnahmen gegen die Erschwerung des Warenweges vom Erzeuger zum Verbraucher

Berlin, 13. Nov. Im Reichsgeheblatt wird eine Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung, Dr. Gördeleer, über Preisbindungen und gegen Verteuerung der Bedarfsdeckung veröffentlicht. Im Paragraph 1 ist sie im wesentlichen eine Wiederholung der vom Reichswirtschaftsminister erlassenen Verordnung vom 16. Mai 1934.

Sie bestimmt in Paragraph 1, daß Verbände und andere Zusammenschlüsse öffentlichen oder bürgerlichen Rechts Preise, Mindestpreisen, Höchstpreisen und Mindestzuschläge nur noch mit Einwilligung des Reichskommissars oder seiner Beauftragten festlegen, verabreden, empfehlen oder zum Nachteil der Abnehmer des Kleinhändlers verändern dürfen. Paragraph 2 verbietet Erzeugern und Großhändlern ohne vorherige Einwilligung des Reichskommissars Kleinhandelspreise festzusetzen oder zum Nachteil der Abnehmer zu verändern. Damit wird der unbegrenzte Herausgabe neuer Markenartikel ein Riegel vorgehoben. Der Reichskommissar wird die Genehmigung für neue Markenartikel nur erteilen, wenn die Ware hinreichend Qualität für einen markenwürdigen Schutz aufweist und die Preisstellung in allen Teilen angemessen ist.

Paragraph 3 unterlagt den Weg der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher durch Einschaltung volkswirtschaftlich entbehrlicher Zwischenstellen aller Art zu erschweren, zu verlangsamen oder zu verteuern. Damit soll selbstverständlich nicht die volkswirtschaftlich notwendige Funktion des großen Einzelhandels angefaßt werden. Sie ist im Gegenteil unentbehrlich. Wenn jeder Verbraucher seinen ganzen Warenbedarf bei den verschiedenen Erzeugern decken würde, würde er ein Mehrfaches seines Einkommens verzeilen müssen. Betroffen werden sollen hiermit aber diejenigen Zwischenhaltungen auf dem Wege der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher, die entbehrlich sind und irgend eine volkswirtschaftlich berechnete und nützliche Wirkung nicht mehr haben. Damit auch hier keine Unklarheiten in der Praxis entstehen, hat sich der Reichskommissar die Entscheidung darüber vorbehalten, ob die Zwischenstelle im einzelnen Fall volkswirtschaftlich entbehrlich ist oder nicht.

**Kauf- und Lieferungsverträge müssen eingehalten werden**  
Eine Bekanntgabe des Reichskommissars

Berlin, 13. Nov. Beim Reichskommissar für Preisüberwachung gehen täglich Klagen ein, daß bei Verträgen, die vor einigen Wochen oder Monaten fest abgeschlossen sind, der Verkäufer jetzt die Lieferung nur zu erhöhten Preisen oder zu sonstigen verkehrstexten Lieferungs- oder Zahlungsbedingungen ausführen will. Es wird darauf hingewiesen, daß ein solches Verhalten bei zu festen Bedingungen abgeschlossenen Verträgen vollkommen rechtswidrig ist und Einhaltung abgeschlossener fester Verträge zu den selbstverständlichen Eigenschaften eines ehrbaren Kaufmannes gehört. Auch Verbände die Preise bestimmt haben, haben häufig versucht, auf ihre Verbandsangehörigen einen Druck dahin auszuüben, daß selbst solche Waren zu den neuen höheren Preisen abzuleiten sind, die noch zu einer Zeit eingekauft sind als Preisbindungen oder Auflagen nicht bestanden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach Auffassung des Reichskommissars diese Verträge, „Altware“ späteren Preisbindungen oder verschärften Abschlagsbedingungen zu unterwerfen, unzulässig sind.

## Rede Görings

auf der Vollziehung der Akademie für Deutsches Recht

Berlin, 13. Nov. Auf der Vollziehung der Akademie für Deutsches Recht sprach Ministerpräsident Göring über die Rechtschaffenheit als Grundlage der Volksgemeinschaft. Ministerpräsident Göring führte aus:

Wenn ich vor der Akademie für Deutsches Recht einige Ausführungen mache, so bitte ich Sie, darin ein starkes und festes Bekenntnis zum Recht als Grundlage der Rechtschaffenheit, besonders als Grundlage der Volksgemeinschaft zu erblicken. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß in der kurzen Zeitspanne, wo ich durch das Vertrauen des Führers die Ehre habe an der Spitze Preußens zu stehen, ich mich bemüht habe, jenes Rechtsempfinden und jene Rechtschaffenheit wieder herzustellen, die aufs tiefste erschüttert gewesen sind, als wir zur Macht gekommen waren.

Auch wir Nationalsozialisten erkennen die Bedeutung des Rechts für das im Staat geordnete Zusammenleben der Volksgenossen durchaus. Aber wir gehen dabei von einer natürlicheren Lebens- und Staatsauffassung aus. Das Primäre für uns ist nicht der Einzelne, sondern die Gemeinschaft aller Volksgenossen. Deshalb nennen wir uns Sozialisten.

Ich weiß, daß man nun den Grundsatz des Rechtes an sich selbstverständlich auch übersteigern kann. Nur das eine will ich hier bereits vorwegschicken: Nicht das Recht an sich ist das Primäre, sondern immer und überall das Volk, aus dem heraus erst Staat und Recht entstehen kann. Wir haben die drängenden Fragen des Volkslebens durch Gesetze zu lösen versucht und haben dabei schon einen gewaltigen Teil des unbrauchbaren Rechtsbestandes durch nationalsozialistisches Rechtsgut ersetzt.

Der Staat muß dafür sorgen, daß die Gesetze richtig erfüllt und sachgemäß gehandhabt werden, er muß jedem Gliede der Volksgemeinschaft, jedem Volksgenossen die ordnungsmäßige und zweckentsprechende Anwendung der Gesetze, d. h. den Schutz der Gesetze garantieren. Das aber ist Rechtschaffenheit. Nur dann können sich die Kräfte des Volkes segensreich entfalten wenn jeder Volksgenosse in der Gewissheit leben kann, daß seine Persönlichkeit als Glied dieser großen Gemeinschaft geachtet und geschützt wird, daß vor allem auch seine Ehre vollen Schutz erfährt, und daß das, was er sich durch schaffende Arbeit erworben oder was ihm von seinen Vätern überkommen ist, ihm auch gesichert wird.

Die Rechtschaffenheit ist die Grundlage jeder Volksgemeinschaft. Das gilt ganz besonders für den nationalsozialistischen Staat. Diese Lebensform beruht nicht auf Furcht und Bedrückung und steht gerade im Gegensatz zu Despotismus und Willkür. Ihre Grundlage ist die wechselseitige Treue zwischen Führer und Gefolgschaft. Es kann aber nicht in Betracht kommen, daß der nationalsozialistische Staat seine Organe, seine Machtmittel einsetzt, um den in seinem Tun zu schützen, der etwas begehrt und erstrebt, was der Volksgemeinschaft schädlich ist.

Der Hauseigentümer, der unbarmherzig und skrupellos arme Volksgenossen um Nichtigkeiten willen obdachlos macht, hat den Schutz des Staates in diesem Treiben verweigert, denn er verstößt gegen die Grundgesetze der Volksgemeinschaft, selbst wenn er in seinem Tun den Schein eines Gesetzesparagrafen für sich hat. Sie wissen, auf welchen geradezu unerhörten, menschlich einfach unverständlichen Fall ich anspiele, und ich versichere Sie, daß ich hier auch in Zukunft mit unerbittlicher Härte soweit die Dinge mich angehen, durchgreifen werde.

Das Recht ist ebenso wenig Selbstzweck wie der Staat, und kein Staat, der seinem Wesen und Zweck treu bleiben will, kann sich dazu hergeben, diejenigen in ihrem Tun zu schützen und zu unterstützen, die gegen seinen eigentlichen Grundgedanken und Grundzweck fortgesetzt handeln.

Jeder einzelne der Gefolgschaft hat den Anspruch auf Schutz der Gesetze, aber auch nur, solange er sich in der Volksgemeinschaft als wirklicher Volksgenosse im wahrsten Sinne dieses ehrenvollsten Wortes bewegt.

Wir müssen uns auch davor hüten, daß, wie ich schon sagte, in einer Uebersteigerung des Rechts eine Zerstörung des Rechtsempfindens des Volkes eintritt. Das Recht muß so gestaltet sein, daß es irgendwo im Innern des einzelnen Volksgenossen Anklang und Widerhall findet, daß es nicht einfach vollkommen verständnislos über den Wolken thronend in einer juristischen Kasse ausgegossen worden ist, sondern es muß immer blut- und gehaltvoll in lebendiger Verbindung mit dem Volke stehen und aus dem Volke heraus geboren werden.

Der Deutsche ist von jeder ein rechtlich denkender und fühlender Mensch gewesen.

So hat gerade der Deutsche stets und zu allen Zeiten eine tiefe und leidenschaftliche Sehnsucht nach Gerechtigkeit gehabt. Wir wissen, daß wir diese Sehnsucht niemals absolut erfüllen können; denn wir sind Menschen und damit menschlichen Irrungen, Wirrungen und Irrtümern unterworfen. Aber wir dürfen niemals unterlassen, in allem unserem Tun und Handeln die absolute Befriedigung dieser Sehnsucht anzustreben.

Untragbar aber ist es für jede gesunde, natürliche Volksgemeinschaft, wenn der einzelne anfällige Volksgenosse das Gefühl haben müßte, er sei gegen gewisse Angriffe schutzlos, seine Sicherheit liege in der willkürlichen Entscheidungsgewalt Unbefugter. Das bedeutet nicht Volksgemeinschaft, sondern Willkürherrschaft, das bedeutet nicht die vom Nationalsozialismus für das Volk erstrebte Kraft und Lebensfreude nicht Vertrauen und Glauben, sondern lähmendes Mißtrauen und Furcht. Solche Zustände müssen rücksichtslos beseitigt werden. Ich habe darum bereits im März d. J. unerschrocken und ohne Ansehen der Person durchgegriffen, als ich Nachricht davon bekam, daß z. B. in Stettin unschuldigen Menschen auf Grund halbtöner Verdächtigungen schweres Unrecht zugefügt wurde.

Es geht auch nicht an, daß jemand ein Amt, eine Führerstellung im Staate ungestraft dazu benutzen kann, das Recht unseres nationalsozialistischen Staates und damit den Willen des Führers zu verletzen und dadurch den ihm unterstellten Volksgenossen Unrecht zuzufügen.

Vor allem aber ist es unmöglich, daß in der Anwendung des Gesetzes, das gegenüber dem einen Teil der Volksgemeinschaft ordnungsmäßig gehandhabt wird, vor einem anderen Teil Haft gemacht wird, daß ein Teil der Volksgenossen vor dem Gesetz eine bevorzugte Stellung genießt. Ein solcher Zustand würde eine unüberbrückbare Kluft zwischen diesen Volksgenossen und dem übrigen Teil des Volkes ziehen, er würde den Todesseim für jedes Recht, aber auch für jede Volksgemeinschaft bedeuten. Eine wirkliche, auf Vertrauen und Achtung aufgebaute Gemeinschaft aller Artgleichen ist nur möglich, wenn alle, aber auch alle Teile der Gemeinschaft von der Gewissheit durchdrungen und erfüllt sind, daß ihnen der Schutz des Gesetzes, daß ihnen das Recht gemeinsam und gleich gewährleistet ist. Wir wollen doch nicht die Kleinen hängen und die Großen laufen lassen, sondern wir wollen gerade die großen Schädlinge besonders anfassen. Diesem nationalsozialistischen Staatsgrundsatz hat der Führer in seinen zwölf Punkten erneut fundamentalen Ausdruck verliehen.

Der Führer hat in seinem Amnestiegesetz vom 7. August 1934 noch einmal in hochherziger Weise Gnade geübt. Wer sich jetzt gegen die Gesetze des Staates vergeht, handelt gegen den Willen des Führers, handelt gegen die Bewegung, gegen das Staatsgefüge und gegen unsere Weltanschauung. Er verstößt damit die heilige Treupflicht gegenüber dem Führer; denn die Treue der Gefolgschaft heißt Gehorsam. Er handelt damit auch gegen die Volksgemeinschaft, die vom Geiste und Willen des Führers erfüllt und getragen wird. Das gilt für jeden, aber auch jeden Volksgenossen. Wir alten Nationalsozialisten haben im Kampfe, haben in den langen Jahren der Kampfeszeit von unserem Führer gelernt, selbstlos der Sache zu dienen und selbstlos und uneigennützig nur einem uns hinzugeben, der großen heiligen Liebe zum deutschen Volke, zur deutschen Volksgemeinschaft. Wir haben nicht gekämpft, um Vorteile vor anderen zu erlangen. Hätten wir das getan, so verdienten wir nicht den Namen ehrlicher Kämpfer, so verdienten wir nicht die Achtung vor uns und unserem Kampfe, die wir heute fordern können und fordern. Für uns gilt weiter in unserem Kampfe das große Gesetz des Führers: „Alles um des Volkes willen tun, in allem nur an das Volk und seine Gemeinschaft denken!“ Wohin es führt, wenn wir

dieses Gesetz vergessen, das haben uns die Ereignisse, die wir in der Mitte dieses Jahres erleben mußten, mit erschütternder Deutlichkeit gezeigt. Die harte und entschlossene Tat des Führers war auch deshalb erforderlich um eine Verschwörung der Rechtschaffenheit zu vermeiden und damit die bedrohte Volksgemeinschaft zu retten.

Meine Herren, es ist diese vielleicht größte Rechtschaffenheit vom Auslande mißverstanden worden. So hat man zu erklären versucht, hier habe Willkür geherrscht, hier sei ohne ordentliche Gerichte verurteilt worden und ähnliches mehr. Meine Herren, für das deutsche Volk ist das erledigt durch das Wort des Richters in dieser Stunde, des Führers, der erklärt hat: In dieser Stunde der höchsten Gefahr sei er allein, der vom Volke gewählte Führer, oberster und alleiniger Gerichtsherr der deutschen Nation. Das Aufatmen des ganzen Volkes, seine Zustimmung, seine dem Führer bezugte glühende Begeisterung in jenen Tagen, sprach ein beredteres Zeugnis für das Rechtsempfinden des Volkes, als alle anderen Dinge je vermocht hätten. Darum bitte ich auch hier noch einmal die Herren Richter und Staatsanwälte, gerade die heutige Lage mit einem besondern Takt zu behandeln. Sie haben eine unerhörte notwendige, aber auch heikle Aufgabe. Noch führen wir alle zunächst noch eine jahrelange leidenschaftliche Kampfzeit gegen einen Staat, den wir gestürzt haben und dessen Gesetze wir nicht anerkennen konnten. Aus diesem Grunde dämmert und schläft noch in zahllosen unserer Kämpfer das Gefühl, daß ihnen Unrecht widerfährt von dem damaligen Staat durch den Mund der damaligen Richter, die auch heute noch im Amte sind. Sie mögen sich nur einmal in die Seele dieser kleinen Kämpfer hineinverleihen und mögen daraus erkennen, was für eine unerhörte wichtige Aufgabe sie heute zum Zusammenhalten der Volksgemeinschaft haben. Sie müssen auf der einen Seite das unerbittliche Recht sprechen lassen, auf der anderen Seite darf die ihnen durch unsere Autorität gegebene Machtstellung nicht mißbraucht werden.

Gerade bei den Richtern und Staatsanwälten liegt es Hand in Hand, mit uns die neue Rechtschaffenheit aufzubauen, von allen Seiten, aber im nationalsozialistischen Geiste, der Verähnlichen in sich birgt. Volksgemeinschaft verlangt Selbstlosigkeit, sie verlangt aber auch Vertrauen und hilfswilliges Verhalten jedem einzelnen gegenüber dem Volksgenossen. Falsche Milde, falsche Humanität sorgen nur dafür, Rechtsbegriffe und Rechtschaffenheit zu untergraben, zu unterwühlen, zu zerstören. Falsche Milde hat zu allen Zeiten die Rechtschaffenheit zerstört und den Staat selbst untergraben. (Lebhafte Beifall.)

Im Kampfe gegen falsches Recht und Rechtslosigkeit hat Adolf Hitler das Dritte Reich geschaffen. Sorge jeder an seinem Plage, auf den ihn der Führer gestellt hat, dafür, daß in die Gemächte das Reich als das Reich der Gerechtigkeit eingeht mit dem altpreussischen Grundsatz: sum cuique — jedem das Seine. (Lebhafte Beifall.)

## Flandins Regierungserklärung

Paris, 13. Nov. Die Regierungserklärung, die vom Ministerpräsidenten in der Kammer und vom Justizminister Fernand im Senat verlesen worden ist, beginnt mit der Versicherung, daß der Burgfrieden andauere. Die Regierung schlägt deshalb vor: Einigung im Hinblick auf das tätige Handeln und entschlossenes Vorgehen in der Einigung für Frankreich und die Republik. Frankreich wolle den Frieden. Die Regierung werde ihn drinnen und draußen aufrecht erhalten. „Wir werden unsere Bündnisse und unsere Freundschaften ausbauen. Wir werden die Landesverteidigung verstärken. Wir werden im internationalen Recht durch den Völkerverbund die Gerechtigkeit suchen, die für die schwergeprüften Frontkämpfer die Hoffnung auf eine Belohnung für die gebrauchten Opfer bleibt. Wir werden die Republik gegen alle revolutionären oder auf eine Diktatur abzielenden Umtriebe verteidigen. Wir werden weder Privilegien noch Strafsfreiheiten dulden.“

Die Wiederherstellung der Exekutivgewalt scheint uns wie allen Franzosen notwendig. Bedingung hierfür ist eine stabile Regierung. Sollte sich herausstellen, daß im jetzigen Rahmen der parlamentarischen Einrichtungen es unmöglich wird, sie zu sichern, dann werden wir nicht zögern, von den von der Verfassung vorgesehenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Wir rechnen aber damit, daß das Parlament als Ausdruck der Volkssouveränität uns seine Mitarbeit beim nationalen Aufbau, den wir fortsetzen wollen, nicht versagt. Mit fast einmütiger Zustimmung hatte Präsident Doumergue sich an diese Aufgabe gemacht, wir übermitteln ihm hierfür die dankbare Anerkennung der Nation.“ (Lebhafte Beifall in der Mitte und rechts, Proteste links.)

Weiterhin kündigt die Regierungserklärung an, daß das Recht des Parlaments bezüglich der Ausgabenbewilligung

# Ein Volk tritt an

Ein Roman vom neuen Deutschland von Paul Hain.

52 Da, 'n berühmter Sanitätsrat. Die Frau is 'ne Schwester von Paeteln.  
Rachdruck verboten.

„Nu viel mal an! So was kommt also auch hierher. Ich hab' ja immer gesagt, die Berliner wissen schon, wo's fein is.“

Er steckt Olga verlobt eine Wurstscheibe in den Mund und läßt sie vom Kaffee trinken.

„Also daß du bei dem Festüber doch noch jetommen bist — einfach knorke!“

„Ich muß auch bald wieder gehen, sonst wundern sich meine Leute. Es wird doch keine Ronde kommen?“

Sie blickt etwas ängstlich nach links und rechts.

„Dott bewahr — bei dem Schneetreiben?“

„Du —“

„Wat denn?“

Riese schiebt das letzte Stück Speck in den Mund. Es bleibt ihm fast in der Kehle stecken. Hinter der Hausdecke sind doch Schritte?

„Mensch — Olga!“

Die reißt schon den Korb hoch, die Kaffeekanne fliegt rein. Sie hat keine Ohren, die Olga.

„Ach lauf schon. Gute Nacht —“

Sie huscht davon, daß die Räder fliegen.

„Hoppla — nanu?“

Der Hauptmann von Stumm wird beinahe umgerissen, als ihm so ein Kleiderbündel an die Brust fällt. Ein kleiner Mädchenschrei. Und das Kleiderbündel reißt sich los und huscht an ihm vorbei in die Dunkelheit. Bloß den Korb mit der Kaffeekanne hat er noch zu packen bekriegt und hält ihn nun ziemlich erstaunt in der Hand.

Er kommt gerade von einer Besprechung im Dorf — daß er dabei schnell noch die Posten revidiert, ist selbstverständlich.

Da steht er auch schon vor Siegfried Riese. Der will sein: „Wer da?“ rufen, aber er kriegt den Speck nicht schnell genug runter und grunzt nur.

„Nanu? Was seht Ihnen denn?“ sagte Herr von Stumm und beguckt sich Riese näher. „Sagen Sie mal — haben Sie hier nicht eben ein weibliches Wesen bemerkt?“

Riese schluckt und schluckt — ne in seinem Leben ist ihm ein Bissen so schwer geworden. Aber er schafft ihn mit Todesverachtung.

„Befehl — nein, Herr Hauptmann!“

Der schwenkt den Korb jachte hin und her. Er kennt doch seinen dicken Riese!

„Na — und den Korb hier? Kennen Sie den vielleicht?“

Riese betrachtet ihn pflichtgemäß. Ihm ist etwas flau im Magen.

„hm“, macht er, „ein hübscher Korb —“

Hauptmann von Stumm ist kein Unmensch.

„Also, ich werde den hübschen Korb mit der Kaffeekanne mal hier bei Ihnen stehenlassen“, lacht er verständnisvoll.

„Vielleicht — hm — meldet sich die Berlinererin wieder. In diesem Fall grüßen Sie sie nur schön, lieber Riese, und sie hätte einen ganz netten Schwung gehabt!“

„Befehl!“ brüllt Riese.

Hauptmann von Stumm schlendert weiter und denkt belustigt:

Ohne Liebe scheint es also doch nicht zu gehen — auch im Winter nicht.

Eine Viertelstunde später ist der Korb tatsächlich weg, und Riese wischt sich vernügt den Mund.

Winter! Weiher, glitzernder Winter! Klarblauer Himmel über dem verschneiten Bruch. Weiden strecken ihre kahlen, wie mit Watte umwickelten Äste spukhaft aus, hohe, weißgeputerte Pappeln werfen leichte, blaue Schatten über die weißen Wiesen, Krähschwärme geistern durch die Luft spektakeln mit rauhen Stimmen und fallen in die Misthaufen der Bauernhöfe ein, wo die Hunde sie wieder verfolgen.

Sonne liegt über dem Schnee, daß es funkelt und blitzt wie von Millionen Diamantenplittern.

Urfel rennt mit Erika und Horst durch die stäubende Herrlichkeit und es ist ein großes Lachen und Geschrei seit einigen Tagen auf Paetels behäbigem Bauernhof. Da knallen die Schneebälle nur so gegen das Scheunentor, da wird ein riesiger Schneemann als Wächter gebaut, mit zwei Konfervenbüchsen als Augen, einer Preshohle als Nase, und im Mund trägt er Großvaters Tabakspfeife, die ihm eine der Wangen heimlich stibigt hat. Es ist ein unheimlicher Geselle und Erika läuft schreend davon, als er fertig ist. Erst als ihm Sanitätsrat Muntebühl seinen Kalabrejfer auf die Blase setzt, kommt er ihr weniger gefährlich vor und sie wird wieder zutraulicher.

Ja — es sind lustige Tage auf dem Hof, seit die Muntebühls sich mit Kind und Regel equinartiert haben. Viel Schwaz, viel Essen und rote Baden. Auch Urfel kriegt schon frische Farbe und empfindet mit Wohlbehagen die gesunde Luft.

Viel ins Dorf traut sie sich allerdings nicht. Niemand ahnt ja, daß sie schon einmal hier war, als noch die Felder dufteten.

Aber mit der Nachbarschaft schließt sie bald Bekanntschaft und die dralle Olga Föllner macht sich schon am zweiten Tag ihres Hierseins mit ihr bekannt. Das kommt so ganz von selbst am Hofzaun und Urfel ist es schon recht. Die Olga kann famos plaudern und daß sie einfach begeistert ist von der „Neuen“, die Muntebühls mitgebracht haben, das merkt ein Blinder. Sie ist förmlich verliebt in sie.

Und sie bekommt es schließlich auch fertig, Urfel „aus dem Bau“ zu locken.

Es ist ein schöner, sonniger Wintertag, als sie beide durchs Dorf, Arm in Arm, spazieren. Der Schnee ist fest gefroren, er knirscht unter den Füßen. Köstliche Stille liegt über dem Land.

Urfel blickt in die Weite, sie hat eine leise Angst und eine stille Sehnsucht im Herzen.

(Fortsetzung folgt.)



gung eingeschränkt werden soll, daß die Rache und Ordnung auf der Straße trotz einer bedauerlichen Hege aufrecht erhalten werden wird, daß der republikanische Staat nicht vor den Parteienkapitulieren werde. Die Aufgaben und Pflichten der Beamtenschaft sollen ihren Niederschlag in einer Art Ehrenkodex finden, an dessen Ausarbeitung die Beamten selbst teilhaben würden. Später werde man auch über die Wahlreform in verhandeln müssen. Die politischen Fragen der Neuordnung und Verfassung der Demokratie sei allenfalls in der Welt wegen der Vernichtung der wirtschaftlichen Ordnung aufgetaucht.

Das wirtschaftliche Zwangsregime habe überall Schiffsbruch erlitten. Nach und nach müsse man zur organisierten, kontrollierten Freiheit zurückkehren. Die Regierung verpflanze auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens fördernd einzugreifen, um das normale Spiel des Wirtschaftsaustausches zu begünstigen. Wirtschaftlich gesunde Unternehmen sollen durch eine großzügige Kreditgewährung am Leben erhalten werden. Das Vorrrecht der Franzosen auf Arbeit in ihrem eigenen Lande wird als eine Maßnahme bezeichnet, die keinerlei Widerspruch auslösen könne. (Lebhafter Beifall.) Der notleidenden Landwirtschaft werde die Regierung ihr besonderes Augenmerk schenken.

Auf internationalem Gebiete sollen die Verhandlungen zwecks Stabilisierung der Währungen, Abschaffung der Handelsbarrieren und Anturbelastung des Außenhandels beschleunigt werden. Zum Schluß wendet sich die Regierungserklärung an das Parlament mit der Bitte um Achtung des Burgfriedens. Frankreich zähle 100 Millionen Einwohner in seinem gesamten Reich, das ungeheure wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten biete. Aufgabe und Ziel müsse bleiben, den Nachfahren ein besseres Leben in einem verschönten Vaterland zu hinterlassen.

In der Kammer herrschte im Gegensatz zu sonstigen Eröffnungsitzungen neuer Regierungen eine auffallend ruhige Stimmung. Es ist mit Sicherheit mit einer großen Mehrheit für Flandern zu rechnen, die wahrscheinlich sogar über die Mehrheit hinausgehen wird, die Doumergue mit 402 gegen 126 Stimmen erzielen konnte.

In den Wandbelagungen der Kammer wird besonders darauf hingewiesen daß Flandern ein Regierungsprogramm auf weite Sicht aufgestellt und der Kammer sogar versprochen hat, die Legislaturperiode nicht vorzeitig abzubrechen.

## Der Rundfunk-Prozess

Die ersten Anklagepunkte gegen Bredow

Berlin, 13. Nov. Im Rundfunk-Prozess kam man auf den ersten Punkt der Anklage gegen Bredow. Bredow hat sich aus der Kasse der Reichs-Rundfunkgesellschaft verschiedentlich Vorstöße zahlen lassen. Bredow erklärte dazu, er sei der Auffassung gewesen daß eine Entnahme, wenn er kein Scheckbuch nicht zur Hand gehabt habe, aber eine Rechnung habe begleichen müssen, keinen Schaden für die RRG. bedeutete, da ja bei der nächsten Zahlung an ihn alles habe abgehakt werden können. Verluste seien nicht entstanden. Die Höchstsumme habe vielleicht 10 000 RM. betragen. Sein Bankkonto habe er bei einer Filiale am Belle-Alliance-Platz gehabt. Es sei oft zu zeitraubend gewesen, dorthin zu schiden.

Der Buchführer Donath berichtete über die Prüfung dieser Entnahmen, daß er auf ein Konto „Verschiedenes“ gestossen sei, das außerordentlich hoch gewesen sei. In den Jahren 1927 bis 1932 hätten die Entnahmen 169 280 RM. betragen. Aus dem Konto geht klar hervor, daß Bredow die RRG. als Bankkonto angesehen habe. Auf die Frage eines Beisitzers sagte der Sachverständige, ein derartiges Verfahren sei verschiedentlich üblich. Der Schaden für die RRG. habe in einem gewissen Zinsverlust und in dem Arbeitsaufwand für die Buchungen für Bredow bestanden. Dazu erklärte der Leiter der Buchhaltung der RRG., Boje, daß die Vorstößzahlungen an Bredow zurückqualifiziert worden seien, um Zinsverluste zu vermeiden. Die Treuhändergesellschaft habe diese Vorstößzahlungen niemals beanstandet.

Es wurden dann die Gehalts- und Tantiemen-Zahlungen an Bredow erörtert. Bredow erklärte, er habe an Gehalt 28 500 später 22 000 und in den letzten Jahren nach Erhöhung seiner Bezüge auf ein Ministergehalt rund 30 000 RM. bezogen. Für seine Tätigkeit als Vorsitzender des Aufsichtsrats in neun örtlichen Sendegeellschaften und als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender in zwei weiteren Sendegeellschaften habe er dann noch weitere Tantiemen bezogen. Neben seinem Gehalt als Rundfunkkommissar hätten ihm jährlich 12 000 RM. als Dispositionsfonds zur Verfügung gestanden, aus dem er sämtliche Spesen zu tragen gehabt habe. Die einzelnen Bezüge von den einzelnen Gesellschaften könne er nicht genau angeben. Er wäre nur sagen, von 1926 bis Ende 1932 habe er bei allen Gesellschaften zusammen etwa 53 000 RM. jährlich an Tantiemen und Aufwandsentschädigungen bezogen.

Der Buchführer Donath sagte auf Befragen: Nach Prüfung aller Unterlagen der einzelnen Sendegeellschaften der RRG. und der Rundfunk G.m.b.H. hat Bredow insgesamt in den sieben Jahren seiner Tätigkeit ein Einkommen aus dem Rundfunk von 397 418 RM. bezogen. Den Dispositionsfonds habe Bredow voll in Anspruch genommen, aber nicht wesentlich überschritten.

## Einkommensteuervorauszahlungen der Landwirte am 10. Dezember

Berlin, 13. Nov. Es sind Zweifel darüber entstanden, ob bei Land- und Forstwirten die nächste Vorauszahlung von bisher am 15. November oder, wie es das neue Einkommensteuergesetz vorsieht, am 10. Dezember, zu leisten ist. Das Reichsfinanzministerium weist darauf hin, daß das neue Einkommensteuergesetz bereits in Kraft getreten ist und daß Land- und Forstwirte daher ihre nächste Einkommensteuervorauszahlung nicht wie bisher am 15. November, sondern erst am 10. Dezember 1934 zu entrichten haben.

## Der Reichsbauernrat

Bäuerliche Tracht im Stadtbild Goslars

Goslar, 13. Nov. Goslars Gepräge als Reichsbauernstadt kommt von Tag zu Tag mehr zum Ausdruck. Dazu tragen vor allem die Trachtengruppen bei, die aus den verschiedensten Landesbauernschaften eingetroffen sind. Neben diesen Gruppen bestehen die bereits eingetrossenen Thing-Gäste des Straßenbilds. Die Sondertagungen nahmen ihren Fortgang. Reichsbauleitungsleiter Tetter legte seine Aufklärungs- und Schulungsarbeit für die planmäßige Regelung der Getreidewirtschaft und des Marktes der bäuerlichen Erzeugnisse überhaupt in Sondertagungen der Hauptabteilungen 3 und 4 fort. In einer Sondertagung des Beirates der Reichshauptabteilung 1 gab Staatsrat Hellmuth Keine einen Überblick über die im Verlauf des vergangenen Jahres vom agrarpolitischen Apparat der NSDAP. geleitete Erziehungsarbeit am deutschen Bauernum.

**Alle sollen ihr täglich Brot haben! Darum opfert!**

## Für Gleichberechtigung Deutschlands

London, 13. Nov. Auf einem Bestehen sprach General Smuts über die gegenwärtige internationale Lage, wie er erklärte, „ganz offen“. Er sagte: Wenn ich die heutige Lage in Europa betrachte, so bin ich tief bewegt durch die Tatsache, daß zwei Mächte die Politik schaffen: Die Furcht und das Minderwertigkeitsgefühl. Die Gerichte, die über einen Krieg im Umlauf sind, schaffen erst die Kriegsumgebung und sind geeigneter einen Krieg herbeizuführen als jede andere Tatsache. Die Pazifisten sind am meisten dafür verantwortlich, daß das Angstgefühl besteht. Heute oder in nächster Zukunft einen Krieg zu erwarten, ist einfach Unsinn. Mit vielleicht einer einzigen Ausnahme ist keine Nation heute zum Krieg bereit. Der Krieg würde einfach die Revolution im Innern bedeuten. Nicht zu fragen, ob ich glaube, das deutsche Volk wünsche wirklich den Krieg und bereite sich darauf vor, hieße mich fragen, ob ich glaube, daß dieses Volk verrückter wäre als irgend ein anderes Volk. Ich leugne nicht, daß die gegenwärtige Zeit voll Gefahren und Unruhe ist, aber das rechtfertigt nicht diese Kriegsgerüchte. Smuts fügte hinzu, er könne sich den Völkerverband nicht als Kriegsmaschine vorstellen. Wie könne man das Minderwertigkeitsgefühl beseitigen, das den Geist und selbst die Seele Deutschlands vergifte? Es gebe nur ein Mittel: ihm die vollkommene Gleichberechtigung zuzuerkennen. Wenn man die französischen Kreise begreife und mit ihnen sympathisiert muß man auch mit Deutschland und seiner untergeordneten Stellung fühlen, in der es noch nach Kriegsschlag geblieben ist. Die Fortdauer seiner Lage unter dem Vertrag von Versailles ist eine Beleidigung für das europäische Gewissen und eine Gefahr für den Frieden. Gerechtigkeit und Sportgeist fordern eine Revision der deutschen Stellung. Brechen wir diese Ketten und machen wir den Gefangenen in einer menschlichen und schließlichen Weise frei! Die Grundzüge des Nationalsozialismus können vielleicht anderen abendländischen Völkern zumider sein; das ist aber kein Grund, Deutschland nicht die internationale Gleichberechtigung zuzuerkennen.

## England dementiert

London, 13. Nov. In britischen amtlichen Kreisen wird erklärt, daß den Meldungen der französischen Presse entgegen kein Abkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und Belgien über eine gemeinsame Haltung in der Luft im Kriegsfall besteht oder besprochen worden ist.

## Herr von Ribbentrop in London

London, 13. Nov. Herr von Ribbentrop wurde, nachdem er am Montag mit Lord Eden verhandelt, am Dienstag vormittag im Auswärtigen Amt vom Staatssekretär Sir John Simon empfangen, der bei dem Besuch Herrn von Ribbentrops nicht hatte anwesend sein können. Der Besuch dauerte etwa 45 Minuten. Beim Verlassen des Auswärtigen Amtes erklärte Herr von Ribbentrop, er habe über den Gegenstand seiner Unterredung keinerlei Mitteilung zu machen.

## Die belgische Regierung zurückgetreten

Brüssel, 13. Nov. In der Kammer hielt Ministerpräsident de Broqueville eine längere Rede, die mit der Erklärung schloß, daß das jetzige Kabinett das wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufbauprogramm, das es auf Grund der von der Kammer im Sommer bewilligten Sonderermächtnissen durchzuführen unternehmen habe, nicht zu Ende führen könne, weil unter den Ministern in letzter Zeit Meinungsverschiedenheiten über die weitere Fortsetzung entstanden seien. Der Ministerpräsident erklärte, daß die beiden Minister ohne Amtsbereich, van Zeeland und Janssen, bereits in der vorigen Woche ihm ihre Demission überreicht hätten. Unter diesen Umständen habe er sich entschlossen dem König die Demission des Gesamtkabinetts zu überreichen. Nach der Rede des Ministerpräsidenten, die von der Kammer mit großer Teilnahmslosigkeit aufgenommen wurde, verließen die Minister geschlossen den Saal. Der Präsident der Kammer hob darauf die Sitzung auf.

## Sowjet-Schicks in Barcelona

Madrid, 13. Nov. Bei Hausdurchsungen in Barcelona hat die Polizei Schiffschiffe beschlagnahmt. Unter diesen befinden sich Schiffschiffe, aus denen hervorgeht, daß die katalanischen Aufständischen bedeutende Geldunterstützungen aus der Sowjetunion bezogen haben.

## Der rumänische Generalstabschef in Prag

Prag, 13. Nov. Der rumänische Generalstabschef General Ioan Antonescu ist Dienstag hier eingetroffen, um an der üblichen Konferenz der Generalstabschefs der Kleinen Entente teilzunehmen.

## Die ungarischen Untersuchungen

über den Anschlag von Marseille abgeschlossen

Budapest, 13. Nov. Die ungarischen Polizeibehörden haben die Untersuchung im Zusammenhang mit dem Marceller Attentat, falls nicht andere, bisher noch unbekannte Tatsachen auftauchen, abgeschlossen. Die Budapester Oberstaatsanwaltschaft der Igl. ungarischen Staatspolizei veröffentlicht hierzu folgende Mitteilung: An den Tagen, die unmittelbar auf den Marceller Anschlag folgten, haben die ungarischen Polizeibehörden die weitestgehende Untersuchung eingeleitet. Außerdem haben sie auf das dringendste alle Untersuchungen in Gang gebracht, um deren Durchführung, sei es von Seiten der Pariser Polizei, sei es — über das Ministerium des Äußern — von Seiten der Budapester südslawischen Gesandtschaft erzuht wurde. Die Polizei hat mehrere hundert Verhöre durchgeführt und 21 Personen in Gewahrsam genommen. Im Laufe der Untersuchung wurde festgestellt, daß keine einzige Person, auch nicht unter den Verhörten und in Gewahrsam genommenen, gefunden wurde, die mit dem Anschlag in Zusammenhang gebracht werden könnte. Auch ergab sich keinerlei Anhaltspunkt dafür, daß der Königsmörder Mad Geozieff jemals in Ungarn war oder sich hier aufgehalten hat. Die Aufrechterhaltung der Postzensur über die in Ungarn weilenden südslawischen Staatsbürger, die als kroatische politische Emigranten angesehen werden können, wurde angeordnet.

## Gömbös über die Revisionsfrage

Budapest, 13. Nov. Ministerpräsident Gömbös sprach im Klub der Regierungspartei auch über die Revisionsfrage. Er führte aus: Die Grundlage aller Bestrebungen der ungarischen Außenpolitik ist die Erklämpfung der Revision mit friedlichen Mitteln. Sowohl auf Grund der Friedensverträge als auch auf Grund der geschichtlichen Rechte und der Geographischen Lage der Statistik ist unser Recht unbestreitbar. Die Statistik zeige, daß das Ungarntum ein natürliches Recht darauf hat, im Donaubekken ein größeres politisches Gebiet zu sein als im Friedensvertrag vorgesehen worden ist. Ungarn hat nämlich eine Bevölkerungszahl von fast 13 Millionen. Es übertrifft samt die Bevölkerungszahl jedes anderen Volkes, das im Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie lebt.

Der Ministerpräsident wies darauf hin, daß in den Staaten, die an Ungarn grenzen, Nationen mit viel kleineren Bevölkerungszahlen die Oberhoheit über andere Völker ausübten, und zwar auf Gebieten, die sie den Friedensverträgen verdankten.

## Zwei Dampfer zusammengestoßen

Mexiko-Stadt, 13. Nov. Zwei Vergnügungsdampfer, die Ausflügler beförderten, sind infolge eines heftigen Sturmes auf der Höhe der Carmen-Inseln an der Küste des Staates Campeche im Golf von Mexiko zusammengestoßen. 17 Menschen, unter ihnen auch Frauen und Kinder, sind ertrunken. Unter den Todesopfern befindet sich auch der berühmte mexikanische Torero Luis Jreg.

## Oesterreichischer Besuch in Rom

Rom, 13. Nov. Amlich wird bekanntgegeben: Gegen Ende dieser Woche werden der österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und der österreichische Außenminister von Berger-Waldenegg nach Rom kommen. Der Besuch Dr. Schuschniggs, der schon einmal Gelegenheit hatte, sich mit dem Chef der Regierung in Florenz im August während der großen Manöver zu treffen, erhält diesmal wegen seines amtlichen Charakters besondere Bedeutung. Der Aufenthalt wird voraussichtlich zwei bis vier Tage dauern. Es werden in dieser Zeit Besprechungen im Rahmen des italienisch-österreichischen Abkommens vom 8. Februar 1930 und der italienisch-österreichisch-ungarischen Protokolle vom März stattfinden.

## Neun Imro-Segner ermordet aufgefunden

Sofia, 13. Nov. Wie aus der mazedonischen Stadt Petritsch gemeldet wird, haben die Behörden auf einer Wiese bei der Eisenbahnhaltestelle Pirin ein Grab mit neun Leichen gefunden. Alle Leichen konnten wieder erkannt werden. Es handelt sich um Einwohner des Dorfes Krupnik. Unter den Toten sind auch ein Gemeinderatsmitglied, ein Lehrer und ein Steuerbeamter der Segner des Imro-Führers Michailoff waren, der sie verschleppen und ermorden ließ. Die Mörder sind vor drei Monaten verhaftet worden.

## Der italienisch-südslawische Gegensatz

Belgrad, 13. Nov. Wie bekannt geworden war, hatten die nationalen Organisationen und Vereine in Agram am Montag die Absicht, vor dem italienischen Konsulat große Kundgebungen gegen den Abschluß des Vertrages von Rapallo zu veranstalten, der am 12. November 1920 zwischen Italien und Südslawien unterzeichnet wurde. Die Polizei war jedoch in Bereitschaft und erstickte die Kundgebungen schon im Keime. Die Demonstranten zogen daraufhin vor das französische und das deutsche Konsulat, wo sie ihre Veranstaltung unter Hohrufen auf Deutschland und auf Frankreich und Schmährufen auf Italien abhielten.

## Lokales

Wildbad, 14. November 1934.

Billigere Gilzustellung von Postpaketen. Die Reichspost beabsichtigt, die Gilzustellung von Postpaketen und -Gütern im Ortszustellbereich zu verbilligen, wenn der Absender gleichzeitig mehrere Einschreibungen mit einer Paket- oder Postguttarte an denselben Empfänger einlieferet. Zu welchem Zeitpunkt die Ermäßigung in Kraft treten kann, läßt sich mit Sicherheit erst dann angeben, wenn feststeht, daß die nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Die Art der Ermäßigung ist so gedacht, daß, wenn die Gebühr vorausbezahlt wird, für das Paket oder Postgut die volle Gilzustellungsgebühr, für jede weitere Sendung die Hälfte erhoben wird.

Die Englische Sprache ist neben dem Chinesischen die meistgesprochene Sprache. Sie ist Weltsprache schlechthin und zwar nicht nur wegen der Bedeutung des englischen Imperiums, sondern auch, weil sie die Sprache der nicht weniger bedeutenden Vereinigten Staaten von Amerika ist. Man kann sagen, daß Englisch von 240 Millionen Menschen gesprochen und darüber hinaus von noch vielen Millionen Menschen verstanden wird. Für eine Gegend mit viel Fremdenverkehr ist es sehr wichtig, daß möglichst viele wenigstens die Anfangsgründe dieser Weltsprache beherrschen. Wir machen auf die heutige Anzeige von Abendkursen aufmerksam, die es jedermann ermöglichen, auch mit ganz beschränkten Mitteln sich diese Kenntnisse zu erwerben. Bei genügender Beteiligung können auch außerhalb Wildbads solche Kurse stattfinden.

## Mittwoch, den 21. November Bußtag

Man schreibt uns:

Der Bußtag am Mittwoch den 21. November, ist allgemeiner Feiertag im Sinne der reichs- und landesrechtlichen Vorschriften. An diesem Tage dürfen Arbeiter und Angestellte nicht beschäftigt werden, die offenen Verkaufsstellen sind geschlossen zu halten. Zugelassen ist nur von 7—13 Uhr der Verkauf von Milch in die Kundenhäuser, sowie die Beschäftigung von Hilfskräften hierbei.

Nach reichsgesetzlichen Vorschriften sind am Bußtag den ganzen Tag über (von Mitternacht bis Mitternacht) verboten:

1. sportliche und turnerische Veranstaltungen gewerblicher Art und ähnliche Darbietungen, sowie sportliche und turnerische Veranstaltungen nicht gewerblicher Art, sofern sie mit Auf- oder Umzügen, mit Unterhaltungsmusik oder Festveranstaltungen verbunden sind;
2. in Räumen mit Schankbetrieb musikalische Darbietungen jeder Art;
3. alle anderen der Unterhaltung dienenden öffentlichen Veranstaltungen (z. B. Theater, Lichtspielvorstellungen), sofern bei ihnen nicht der dem Bußtag entsprechende ernste Charakter gewahrt ist.

## Württemberg

Bürgersteuer 1935 und Einwohnersteuer 1935

Stuttgart, 13. Nov. Das Staatsministerium hat unter dem 8. November ein Gesetz über die Erhebung der Bürgersteuer 1935 und die Einwohnersteuer 1935 erlassen. Art. 1 trifft folgende allgemeine Regelung: 1. Die Gemeinden, die die Bürgersteuer 1934 erhoben haben, sind vorbehaltlich des Abf. 2 verpflichtet, die Bürgersteuer 1935 zu erheben und zwar mindestens mit dem örtlichen Hundertsatz des Reichsjahres der Bürgersteuer 1934. 2. Die Gemeinden, die die Einwohnersteuer 1934 erhoben haben, sind verpflichtet, die Einwohnersteuer 1935 zu erheben und zwar mindestens mit dem örtlichen Hundertsatz der Einwohnersteuer 1931. 3. Die Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohner sind verpflichtet, statt der Bürgersteuer 1935 die Ein-

Indem ich Eurem Engagement für das mir bisher erwiesene Vertrauen meinen Dank ausspreche, möchte ich zugleich versichern, daß ich gemäß den Welsungen meiner Regierung nichts unterlassen werde, um an der Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu arbeiten. Ich habe die Ehre, Eure Excellenz zu bitten, mir bei der Erfüllung meiner Aufgaben Unterstützung zu gewähren und mir weiterhin Eure Excellenz Vertrauen entgegenbringen zu wollen.

Der Führer und Reichskanzler erwiderte mit folgenden Worten:

Ich habe die Ehre, aus Ihren Händen das Schreiben entgegenzunehmen, mit dem der Herr Präsident der Republik Polen Sie als außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter bei mir beglaubigt. Auch ich sehe in der Erhebung der beiden Vertretungen Deutschlands und Polens zu Botschaften ein erfreuliches Zeichen für die glückliche Entwicklung, die die Beziehungen zwischen unseren Ländern genommen haben. Der Neugestaltung dieser Beziehungen, die sich auf den übereinstimmenden Entschluß der deutschen Regierung und der polnischen Regierung stützt, kommt angesichts der mannigfachen Schwierigkeiten in der gegenwärtigen politischen Lage Europas eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie ist geeignet, nicht nur der Förderung der Interessen der beiden Länder zu dienen, sondern auch ein wichtiger Faktor für die Sicherung des allgemeinen Friedens zu sein. Die bisher schon erzielten Ergebnisse können uns nur bestärken in dem Willen, auf dem einseitigen Wege weiter fortzuschreiten, die Zusammenarbeit auf den verschiedenen Gebieten unserer Beziehungen immer mehr zu vertiefen, um so in gegenseitiger Achtung und in gegenseitigem Vertrauen ein festes und dauerhaftes freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Polen zu begründen. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete ist Deutschland gern bereit, zur Überwindung der durch die gegenwärtige Krise verursachten Schwierigkeiten das seinige beizutragen und den beiderseitigen Warenaustausch nach Möglichkeit zu fördern.

Ich begrüße es, daß Sie, Herr Botschafter, der Sie an der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen schon so erfolgreich mitgearbeitet haben, von Ihrer Regierung dazu ausersehen sind, sich nun auch in Ihrer neuen Eigenschaft dieser Aufgabe zu widmen. Sie können überzeugt sein, daß Sie bei Ihrer Arbeit stets meine Unterstützung und auch die Unterstützung meiner Regierung finden werden.

Auch in Warschau fand mit freundschaftlichem Redewechsel die Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens des deutschen Botschafters beim polnischen Staatspräsidenten statt.

## Gründungsfeier des Stahlhelms

Magdeburg, 14. Nov. Die große Traditionsfeier des NSDFB (Stahlhelm) erreichte am Dienstag in dem Traditionsfestkommer im Magdeburger Kristallpalast ihren Höhepunkt.

Bundesführer Reichsminister Franz Sedlitz hielt die Festrede. Er ging zurück in die Zeit des furchtbaren Zusammenbruchs und der Schmach, in die Zeiten einer Revolution, die nur eine Revolte war, in der Feigheit, Egoismus und Verdrachertum sich an die Spitze des Staates setzen konnten. Mit allen, die mit ihm durchgehalten hätten, fühle er sich verbunden, und wenn er im vorigen Jahre das Stahlhelm-Ehrenzeichen stiftete, so erweiterte er heute das Ehrenzeichen auf die Jahrgänge 1931/32. Aus der Erkenntnis heraus, daß der kommende Führer ein politischer Führer sein müsse, habe der Stahlhelm sich dem Manne zur Verfügung gestellt, der über 33 Parteien hinweg rücksichtslos und mit hartem Schlag das deutsche Schicksal schmiedet. Adolf Hitler habe dem Stahlhelm sein Vertrauen gegeben, und dafür sage er, der Redner, ihm Dank. Franz Sedlitz schloß mit der Versicherung, daß das Ziel des Stahlhelms niemals der Stahlhelm selbst gewesen sei, sondern immer nur Deutschland. Und wenn etwas zusammenführe, wenn uns etwas in dieser Stunde zusammengeführt habe, dann sei es nur der Begriff Deutschland, den ein jeder ausweiten könne nach seiner Phantasie, der aber immer das Schönste sei, was wir im Leben und im Daseinstampf haben.

## Der Stahlhelm an Hitler und Göring

Magdeburg, 14. Nov. Aus Anlaß der Gründungsfeier des Stahlhelms in Magdeburg hat Bundesführer Franz Sedlitz an den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler folgendes Telegramm gerichtet:

„Zum Gedenktage der Gründung des Stahlhelms vor 16 Jahren haben sich, wie alljährlich, die alten Frontsoldaten und Kämpfer in Magdeburg, der Gründungstadt, versammelt. Sie gedenken

der Opfer und der langen Zeit des gemeinsamen Bestrengens. Sie sprechen ihrem Frontkameraden und ihrem Führer Adolf Hitler im Gedenken verständnisvoller Mitarbeit erneut das Gelöbnis soldatischer Treue und Gefolgschaft mit dem aufrichtigen Wunsch aus, daß seine großen Ziele und seine Aufbauarbeit zu unserem Allerbesten von vollstem Erfolg gekrönt sein möge.“

An den preussischen Ministerpräsidenten General Hermann Göring wurde folgendes Telegramm gesandt:

„Die anläßlich des 17. Gründungstages des Stahlhelms in Magdeburg versammelten Kameraden des NS-Deutschen Frontkämpferbundes (Stahlhelm) grüßen ihr Ehrenmitglied in soldatischer Verbundenheit.“

## Das Antworttelegramm des Führers

Magdeburg, 14. Nov. Auf das von Franz Sedlitz an den Führer gerichtete Telegramm ist folgendes Antworttelegramm eingegangen:

„Den in Magdeburg anläßlich des Gedenktages der Gründung des Stahlhelms versammelten alten Frontsoldaten danke ich herzlich für das Gelöbnis treuer Gefolgschaft. Ich erwidere die Grüße in kameradschaftlicher Verbundenheit.“

Adolf Hitler.

## Aufsicht der Landesstellenleiter

Berlin, 14. Nov. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda hat angeordnet, daß die Landesstellenleiter und Gaupropagandaleiter von jetzt ab auch die Aufsicht über die Arbeit der Reichskulturkammern in ihrem Gebiet als Landesstellenleiter ausüben. Die Einzelkammern und ihre Landesverbände sind angewiesen, ihre Gliederungen und Organisationen im Reiche denen der Landesstellen und Gaupropagandaleisten anzupassen und zu unterstellen. Bei der personellen Besetzung dieser Stellen haben die Gauleiter Vorschlags- und Einspruchsrecht.

## Der Ehrensold für die Hinterbliebenen der NS-Gefallenen

Berlin, 14. Nov. Der Reichsschatzmeister der NSDAP hat, wie der V.B. meldet, die folgenden Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung des Führers vom 9. November 1934 erlassen: Auf Grund der Ziffer 3 der Verfügung des Führers vom 9. November 1934 über die Gewährung eines Ehrensoldes der NSDAP an die Hinterbliebenen der im Dienst der nationalsozialistischen Idee und für die Eroberung des Staates Gefallenen erlasse ich folgende Ausführungsbestimmungen:

1. Einen Ehrensold erhalten die Hinterbliebenen der auf der Ehrenliste der gefallenen Kämpfer der NSDAP verzeichneten Toten der Bewegung. Hinterbliebene im Sinne dieser Bestimmung sind die Ehegatten, Kinder oder Eltern.

2. Der Ehrensold wird für ein Kalenderjahr festgesetzt, erstmals für das Kalenderjahr 1935. Die Zahlung des Ehrensoldes erfolgt in monatlichen Teilbeträgen. Ich behalte mir vor die Festsetzung des Ehrensoldes bei Vorliegen wichtiger Gründe jederzeit zu ändern.

3. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung eines Ehrensoldes besteht nicht. Der Ehrensold ist eine freiwillige zusätzliche Leistung der NSDAP, die dazu bestimmt ist, den Hinterbliebenen der Gefallenen der Bewegung den Dank der Partei in sichtbarer Form abzuhalten. Der Ehrensold ist unpfändbar. Gemäß dem Willen des Führers darf der Ehrensold von den staatlichen und sonstigen Behörden auf das Einkommen der Bedachten nicht angerechnet sowie bei der Festsetzung von Hinterbliebenenrenten, Versorgungsbezügen und dergleichen, insbesondere bei den auf Grund des Gesetzes über die Versorgung der Kämpfer für die nationale Erhebung vom 27. Februar 1934 gewährten Bezügen, nicht berücksichtigt werden.

4. Anträge auf Gewährung eines Ehrensoldes sind beim Reichsschatzmeister der NSDAP, München 43, Postfach 80, mit entsprechenden Belegen einzureichen.

## Die Arbeit am Siedlungswerk

1934 Zugang von 400 000 Haushaltungen

Berlin, 13. Nov. Oberregierungsrat Dr. Fischer-Dieskau vom Reichswirtschaftsministerium veröffentlicht einen Ueberblick über die bisherigen Maßnahmen des Reichsiedlungskommissars und ihre praktischen Auswirkungen. Er stellt, wie das RdZ. meldet, fest, daß die bisherige Auswirkung dieser Aktionen auf Arbeitsmarkt und Wohnungsproduktion als außerordentlich günstig bezeichnet werden müssen. Ein endgültiger Ueberblick sei zwar noch nicht möglich, es stehe aber schon jetzt fest, daß die Wohnungsproduktion der Vorjahre erheblich übertraffen werde. Schon im

Jahre 1933 seien etwa 25 Prozent mehr Ehen geschlossen worden als im Jahre 1932, und für das Jahr 1934 dürften die Eheschließungsziffern voraussichtlich wieder um 25 Prozent über den Ziffern des Jahres 1933 liegen. Das bedeutet, daß für das Jahr 1934 mit einem Reinzugang von etwa 400 000 Haushaltungen zu rechnen sei. Wenn die Produktion billiger Kleinwohnungen oder Kleinstwohnungen nicht mitkomme, dann rüde die Gefahr eines neuen akuten Wohnungsmangels in bedrohliche Nähe. Dies müsse unbedingt vermieden werden.

## Aufruf des Führers der Wirtschaft zum WSW.

Berlin, 14. Nov. Der kommissarische Führer der Wirtschaft, Graf von der Goltz, erließ einen Aufruf zum Winterhilfswerk, dem sämtliche in Berlin anwesenden Wirtschaftsführer ihre Zustimmung gaben. In dem Aufruf heißt es u. a.

„Deutscher Sozialismus ist der Tag für Tag erprobte Wille zur Leistung für die Volksgemeinschaft. Tag für Tag diesen Willen durch Leistung zu bekunden, ist unsere Aufgabe. Uns alle hat die Reichsregierung aufgerufen, diesem uns befehlenden Willen Ausdruck zu geben durch den immer aufs neue durch die Tat sich bekundenden Willen zur Förderung des Winterhilfswerkes der Reichsregierung. Ihnen allen, meine Kameraden aus der deutschen Wirtschaft, obliegt die Ehrenpflicht, miteinander zu wetzeln in der Förderung dieser Großtat des deutschen Sozialismus, dieser schöpferischen Leistung, die unter dem bindenden Gesetz steht, daß derjenige, dem es vergönnt ist, Höheres zu leisten, auch höhere Pflichten für die Volksgemeinschaft zu tragen hat. Großes und Gewaltiges hat unser durch den Willen des Führers und Reichskanzlers wiedergeborenes Volk bereits geleistet. Millionen, die des Glüdes der Arbeit entbehren, dürfen im deutschen Lande wieder den Segen der Arbeit kennenzulernen. Noch aber hungern Hunderttausende nach der Möglichkeit, für die Volksgemeinschaft arbeiten zu können. Es gilt für jeden Einzelnen, in der Fürsorge für die notleidenden Volksgenossen nicht nachzulassen, sondern vielmehr die eigene Leistung nach Kräften zu steigern.“

## Studentenbund Träger der studentischen Erziehung

Berlin, 14. Nov. Reichserziehungsminister Rust hat an den Reichsführer der Deutschen Studentenschaft, Feldert, folgendes Schreiben gerichtet:

Der Führer und Reichskanzler hat meinem Vorschlag einer Neuordnung der studentischen Verfassung zugestimmt, die die Deutsche Studentenschaft als Gesamtvertretung der Studierenden von der bisherigen Mitverantwortung für die politisch-weltanschauliche Schulung und Erziehung entbindet und diese Aufgaben dem Nationalsozialistischen Studentenbund ausschließlich und allein verantwortlich überträgt. Es soll damit die von mir erstrebte Schaffung einer einheitlichen weltanschaulichen und politischen Autorität für den Studenten erreicht werden. Im Hinblick auf diese kommende Neuordnung erlaube ich Sie, bereits jetzt die Führung und Richtunggebung der gesamten studentischen Erziehung, insbesondere die Lösung der Kameradschaftsaufgabe dem NSStB zu überlassen.

## Neuordnung der Schlachtviehmärkte

Goslar, 14. Nov. Auf der Sondertagung der Hauptvereinerung für Schlachtviehverwertung, die unter Leitung des Reichskommissars für die gesamte Marktregelung, Freiherrn von Kanne, stattfand, wurden die mit der Viehmarktordnung zusammenhängenden Fragen im Kreise der Bezirksbeauftragten durchgesprochen. Der Hauptabteilungsleiter im Reichskommissariat für Vieh-, Milch- und Fettwirtschaft, Dr. Pfä um b a u m, ging von den Schwierigkeiten aus, die gerade bei der Viehgestaltigkeit der Viehwirtschaft hier einer einheitlichen Regelung entgegenstehen. Bisher seien nur die Großviehmärkte in die Marktordnung einbezogen worden, weil diese für die Preisgestaltung ausschlaggebend seien; in Zukunft müsse aber auch der übrige Viehverkehr erfasst werden, wenn das Ziel, eine geordnete Marktbelieferung und gerechte Preise, erreicht werden soll. Bezeichnend sei, daß in den letzten Wochen auf manchen Märkten noch mehr Schweine hätten untergebracht werden können, obwohl die Belieferung in der Stückzahl 8 bis 10 Prozent größer als im Vorjahr war und auch das Gewicht der Einzeltiere höher war. Dies sei eine Folge des durch die Kaufkraftsteigerung eingetretenen härteren Fleischverbrauches. Bei freier Wirtschaft würde unter diesen Umständen eine erhebliche Mehrbelastung unausbleiblich gewesen sein. Uebrigens sei es auch auf den Rindermärkten trotz der wesentlich höheren Anlieferungen gelungen, nicht nur den Preisstand bei Beginn der Marktregelung zu erhalten, sondern die Erlöse für den Bauern ebenfalls ohne Veste-

# Ein Volk tritt an

Ein Roman vom neuen Deutschland von Paul Hain.

„Und dort ist das Arbeitslager“, sagt Olga nach einer Weile, als sie schon ein Stück außerhalb des Dorfes sind. „Da wohnen lustige Brüder.“ Sie schnalzt leicht mit der Zunge.

Die Häuser tragen Schneekappen. Auf der Straße segeln ein paar ADW den Schnee weg. Urjel möchte umkehren, aber Olga zieht sie einfach mit. Sie hat bereits den Siegfried unter den Schiffern entdeckt und ein paar Worte wird man ja wohl wechseln können. Urjel weiß nicht, wie ihr geschieht — ein Gedanke läßt sie erschauern. Wenn Heinz sie nun sieht!

Da macht Riese schon einen drolligen Krachfuß, Olga stellt ihm vor und Urjel fühlt brennende Röte im Gesicht. Riese blinzelt ein bißchen, er ist offenbar ganz benommen von dem Anblick Urjels, die ihm Olga als „das Kinderfräulein von Munkebühls, du weißt doch!“ vorstellt und stütert eine ganze Höflichkeitssarie. Olga verfehlt ihm einen Stoß in die Seite und lacht:

„Na, übernehm dich man nicht, kleiner Berliner. Wir müssen weiter. Sei man nicht zu fleißig, sonst kriegst du noch wirklich 'ne Taille!“

Die Mädels stühen davon. Die ADW sehen ihnen vergnügt nach. Riese reißt sich die Augen und murmelt nachdenklich:

„Na so was! Also — nee, so was! Da könn' einem ja die Augen überjehn. Wo hab' id denn die schon mal jesehn?“

Er dreht sich zu Krause um, der in seiner Nähe arbeitet und das kurze Intermezzo aus nächster Nähe beobachtet hat.

„Du, Krause hast du 'ne Ahnung, wer das Mädel sein könnte? Die sah doch jeradeweg wie so'n süßer Filmstern aus, wie? Da bist du doch Fachmann!“

Krause grinst geschmeichelt.

„Jesehn — also jesehn muß id ihr doch schon ham“, säuselt er. „Wenn id bloß wüßte —!“

Er zieht die Stirn in strenge Falten.

„Schade, det id meine scheenen Filmfrauen nicht mehr habe. Aber die mußte id doch alle vabrenn“, weil mir Wieze sonst die Hölle heiß jemacht hätte.“

Das stimmt. Eines Tages hat Krause ein großes Rehergericht seines ganzen Filmharems veranstaltet — zum größten Gaudium seiner Stube — und nun hängt nur noch das Foto seiner Wieze, von Hakentreuzwimpeln umrahmt, an seinem Schränk.

Er beschließt sein Nachdenken mit den Worten:

„Also, kennen tu id ihr uff alle Fälle, Riese. So'n Befehl vagist man doch nicht. Aber id werd et schon 'raustriefen. Id muß bloß mal 'ne Weile durch mein Gedächtnis trillern.“

Riese brummt:

„Na, denn triller' man“, und wirft ihm, noch vergnügt von dem unerwarteten Wiedersehen mit Olga, eine Schippe Schnee ins Gesicht.

Urjel und Olga haben wieder kehrt gemacht, sie gehen einen Feldweg entlang, ins Dorf zurück, und Olga schwacht munter drauflos.

„Der kleine Riese, wissen Sie, ist wirklich 'n netter Mensch. Ich hab' ihn mächtig gern. Ich finde, auf die kleinen Dicken ist immer mehr Verlaß. Die sind nicht so heidi! wie die andern. So 'n kleinen Dicken kann man sich erzehlen! Aber ich will nichts gegen die andern ADW gefagt haben, nett sind sie eigentlich alle. Na — und da ist zum Beispiel ein Herr von Bergholt — nanu, jekt wär'n Sie aber beinabe hingefallen, Fräulein Urjel! Ja, die Feldwege sind mächtig glatt, da muß man sich vorjehen —“

Urjel macht mit Gewalt die Knie steif. Sie ist ganz blaß geworden.

„Oh, es war nicht so schlimm“, stammelt sie.

„Also, das ist wirklich 'n ganz patenter Mensch. Ein Bild von Mann“, schwärmt Olga lustig, „und mächtig beliebt bei den Borgejeten. Jekt ist er ja nicht hier — er ist zu einem Führerkursus abkommandiert, so was dauert ja immer ein bis zwei Monate.“

Urjel atmet tief auf. „Jekt ist er nicht hier“, klingt es in ihr.

Ihre Lippen werden schmäler.

„Den hätten Sie mal kennenlernen müssen, Fräulein Urjel! — Also, der hätte gerade zu Ihnen gepaßt! So groß und schlank und vornehm.“

Olga wird ein bißchen rot, da sie ihre Bewunderung für Urjel wieder mal so deutlich zum Ausdruck gebracht hat.

Die hat mit einemmal ein hartes, fast spöttisches Lächeln um den Mund, als sie nun sagt:

„Er wird wohl, dieser angejchwärmte, junge Mann, nicht viel anders sein als — als solche Männer eben zu sein pflegen. Wie Sie selber vorhin sagten: So ein bißchen heidi, nicht wahr?“

Olga ist ordentlich perplex.

„Der nicht“, erklärt sie energisch. „Für den geht mein kleiner Siegfried sogar durchs Feuer, wenn's sein soll. Und die Mädels hier —“

„Ja, eben“, unterbricht Urjel sie, „die gehen am Ende sogar durchs Wasser für ihn, nicht wahr?“

Olga muß lachen.

„Gott ja —“, sie denkt an so manche sommerliche Seitenprünge der Mädels drüben, jenseits des Flusses, „so was kommt hier auch vor. Aber der Bergholt wußte immer, wie weit er zu gehen hatte.“

Ja, ich weiß, denkt Urjel, ich weiß es ganz genau.

Schließlich interessiert er sich ja auch nicht weiter“, wirft sie leicht hin und hat Mühe, das Zittern in ihrer Stimme zu verbergen. „Kommen Sie, Olga, es ist doch tälter hier, so im Freien, als ich dachte.“

(Fortsetzung folgt.)

lung der Verbraucher etwas zu verbessern. Eine weitere Klärung werde durch Abänderung der bisherigen Preisfestlegung nach reinen Preisklassen in eine solche nach Schlachtwertklassen angestrebt. Immer wieder kam in den Beratungen der Sonder-tagungen zum Ausdruck, daß die Regelung der Viehwirtschaft nicht von der Preisseite her, sondern durch eine Ordnung der Märkte erzielt werden müsse.

### Schreckliche Blutat im Amtsgericht

Nürnberg, 14. Nov. Das Amtsgerichtsgebäude in Lichtenfels war am Dienstag vormittag der Schauplatz einer furchtbaren Blutat. Die 21jährige Franziska Dollinger, die bei dem Vollstreckungsüberseher Had beschäftigt gewesen war, legte ihm eine Abmeldebewilligung für die Ortskrankenkasse vor. Während Had das Formular ausfüllte, nahm die Dollinger ein Schlächtermesser aus ihrer Einkaufstasche und verfecht dem Rechtsanwender einen Stich in den Hals, der die Schlagader traf. Ein zweiter Stich traf ihn in den Unterleib. Der Obersekretär unternahm noch den Versuch, einen nahe wohnenden Arzt aufzusuchen, brach aber unterwegs blutüberströmt zusammen. Die Dollinger dürfte aus Verärgerung über ihre Entlassung aus dem Dienst die Tat begangen haben. Sie wurde in das Amtsgerichtsgefängnis Lichtenfels eingeliefert.

### Kontrolle der internationalen Waffenherstellung

Washington, 14. Nov. Staatssekretär Hull hatte eine Besprechung mit Roosevelt über verschiedene außenpolitische Fragen. Die beiden Staatsmänner beschäftigten sich dabei vor allem mit der Frage einer Kontrolle der internationalen Waffenherstellung in der Erkenntnis, daß ein allgemeines Abrüstungsabkommen wohl doch in unmittelbarer Zukunft nicht zustande kommen dürfte. Die amerikanische Regierung hat den Gesandten Wilson angewiesen, mit den hauptsächlichsten, Kriegsmaterial herstellenden Mächten Verhandlungen über einen weitgehenden Kontrollplan anzunehmen. Es ist dabei nicht an eine internationale Kontrolle gedacht, sondern an eine Verpflichtung jedes einzelnen Staates, innerhalb seiner Landesgrenzen die Waffenherstellung selbstständig zu kontrollieren. Der amerikanische Plan sieht im einzelnen vor, daß in Zukunft kein Kriegsmaterial hergestellt werden soll, wenn nicht ein von der Landesregierung genehmigter Auftrag hierfür vorliegt, so daß die Anhäufung großer Waffenvorräte auf diese Weise vermieden wird. Ferner soll die Ausfuhr von Waffen und Kriegsmaterial von einer besonderen Genehmigung abhängig gemacht werden. Alle Verkäufe von Waffen und Kriegsmaterial sollen dem Völkerbundsekretariat gemeldet und von diesem alljährlich veröffentlicht werden. Die Staaten, die zur Unterzeichnung dieses neuen Planes aufgefordert werden sollen, sind die Vereinigten Staaten, Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Italien, Schweden und die Tschechoslowakei.

### Konferenz im Weißen Haus

#### über den Warenaustausch mit Deutschland

Washington, 14. Nov. Das „Journal of Commerce“ berichtet über die Konferenz, die am Dienstag im Weißen Haus stattfand. Präsident Roosevelt ließ sich von Wallace, Peet und den Sachbearbeitern des Außenamtes, des Schatzamtes und des Handelsamtes über die Möglichkeiten des Warenaustausches mit Deutschland Vortrag halten. Peet wies darauf hin, daß Deutschland ein sehr guter Kunde der amerikanischen Baumwoll-Produzenten gewesen sei und in der vergangenen Saison 8 Prozent der amerikanischen Baumwollwaren abgenommen habe. Vertreter deutscher Baumwollimportfirmen seien in Amerika eingetroffen, um Baumwolle zu kaufen. Sie hätten jedoch dargelegt, daß dies nur im Wege des Warenaustausches möglich sei. Andernfalls müsse sich Deutschland eigenen Rohstoffen zuwenden, was einen dauernden Verzicht auf amerikanische Baumwolle zur Folge haben könnte. Ackerbauminister Wallace erklärte dem Präsidenten Roosevelt, daß er dessen grundsätzliche Stellungnahme hierzu benötige, da er noch vor dem 1. Dezember die Vorschriften über die für das nächste Jahr zugelassenen Anbauflächen erlassen müsse. Sowohl von Präsident Roosevelt, wie von den übrigen Konferenzteilnehmern wurde der Standpunkt vertreten, daß die Erhaltung der deutschen Rundschaft wünschenswert sei. Schwierigkeiten bereite jedoch die Frage, welche Waren man dafür eintauschen solle. Endgültige Entschlüsse seien, so erklärt das Blatt zum Schluß, noch nicht gefaßt worden.

### Vertrauensvotum für Flandin

Paris, 14. Nov. Mit 423 gegen 118 Stimmen bei etwa 60 Stimmenthaltungen bzw. Abwesenheiten hat die Kammer dem Kabinett Flandin das Vertrauen ausgesprochen. Kurz vor Schluß der Abstimmung, die eine namentliche Auszählung erforderlich machte, spielte sich noch ein kleines politisches Manöver ab. Während ein rechtsstehender Abgeordneter einen Zusatzantrag zur Vertrauensschließung vertrat, der eine Rundgebung für Doumergue mit einbegreifen sollte wurde von links ein entgegengesetzter Zusatzantrag eingebracht, der die Genugtuung der Kammer über die Befestigung der „schwebenden Gefahr“ einer persönlichen Nachstellung Doumergues zum Ausdruck bringen sollte. Ministerpräsident Flandin veranlaßte die Antragsteller, auf ihre Forderung zu verzichten, indem er die Vertrauensfrage stellte. Damit war der Weg frei für die endgültige Abstimmung, deren Auszählung 40 Minuten in Anspruch nahm.

### Pariser Stimmen zur Vertrauenserklärung

Paris, 14. Nov. Die außergewöhnlich starke Mehrheit für Flandin in der Kammer wird von der Presse, die nicht ausschließlich dem Parlament, sondern auch der öffentlichen Meinung, d. h. ihrem Leserkreis, ergeben ist, nicht ohne eine gewisse Ironie ausgenommen. Es wird hervorgehoben, daß der politische Waffenstillstand nun auch ohne Gaston Doumergue andauere und das Parlament jetzt wieder großen Eifer und gutes Betragen zeigen werde, nachdem die Auslösungsfahr mit der Doumergue drohte, vorbei sei. In mehreren Blättern findet sich die Anspielung, daß die Mehrheit, die Flandin weniger erlangen hatte, als daß sie ihm geschenkt wurde, für den neuen Ministerpräsidenten zu groß sein könnte. „Eine schöne, eine geradezu verdächtig schöne Mehrheit! Ein eindrucksvoller Start! Ein Liebeserford! Mit solchen ironischen Bemerkungen nimmt ein Teil der Presse das erleichterte Aufatmen des Parlaments, das in der Massenvertrauensabstimmung zum Ausdruck kommt, zur Kenntnis. Während der „Petit Parisien“ von einem rein rechnerischen Sieg auf Grund der Formel von der Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes für die Verteilung der Republik und Frankreichs spricht, greift das „Echo de Paris“ die neue Regierung entschieden an und bemängelt, daß Flandin auf die Reformpläne verzichtet habe, aber die nationalen Kampfbünde entwarfenne wolle. Besonders dieser letztere Punkt mißfällt dem Blatt das schreibt, die Pläne der Regierung zur Entwaffnung der Kampfbünde seien unannehmbar. Niemand würde sich die Patrioten von einem Ministerium binden lassen, dessen linker Flügel Fühlung mit der kommunistisch-marxistischen Front habe.

### Italiens außenpolitische Haltung in ungarischer Darstellung

Budapest, 14. Nov. Aus maßgebenden politischen Kreisen wird dem römischen Vertreter des nationalen „Magyarhaz“ die Auffassung der italienischen Regierung über die gegenwärtige Stellungnahme Italiens zu Deutschland und in einer auffattend bestimmten Form folgendermaßen wiedergegeben:

Die italienische Regierung leugnet, daß, wie vielfach behauptet worden ist, eine Verschlechterung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Italien eingetreten ist. Hierfür liegen keinerlei Anzeichen vor. Die offiziellen Vertreter des heutigen Deutschland haben niemals erklärt, daß sie Österreich-Deutschland einverleiben wollten. Der geplante gemeinsame Schritt der Großmächte ist daher in diesem Frühjahr auch unterblieben. Zwar hat die italienische Regierung während der Juli-Resolution militärische Maßnahmen an der österreichischen Grenze getroffen, die jedoch lediglich dem Schutze des gefährdeten österreichischen Regimes galten. Diese Maßnahmen wurden sofort rückgängig gemacht, als der Reichskanzler Hitler die deutsche Grenze den aus Österreich flüchtenden Anführer der Revolution sperren ließ. Damit hat Hitler den Frieden Mitteleuropas gerettet. Die deutsch-italienische Stimmung kam seitdem nur in der Presse zum Ausdruck und sollte lediglich den entschlossenen Willen des Duce über die Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs darzulegen. Von deutscher Seite hat man seitdem öfter wissen lassen, daß keinerlei Propaganda für die Verwirklichung des Anschlußgedankens mehr stattfindet und daß jetzt zunächst eine gewisse Zeitpanne der Beruhigung notwendig sei, um eine Regelung der deutsch-österreichischen Frage zu finden. Es ist vor allem der Fürst Starheimberg gewesen, der seitdem aufs entschiedenste alle Verhandlungen mit denjenigen abgelehnt hat, die zu einem früheren Zeitpunkt für den Anschlußgedanken eingetreten waren.

In den Beziehungen zwischen Deutschland und Italien herrsche gegenwärtig Windstille. Mit Genugtuung kann aber festgestellt werden, daß das gute deutsch-italienische Verhältnis unverändert fortbesteht. Auch die Entsendung des Botschafters von Venedig nach Wien kann als ein beruhigendes Moment bezeichnet werden. In diesem Falle ist ein zweifellos ein bedeutungsvoller Sieg der von Mussolini vertretenen Ideen zu sehen. Die italienische Regierung hat seit Jahren in der Abrüstungs- und Gleichberechtigungfrage wie auch in den Völkerbundfragen die deutschen Wünsche aus großen außenpolitischen Gesichtspunkten heraus unterstützt. Die gleiche Haltung nimmt die italienische Regierung jetzt in der Saargebietfrage ein. Sie hält es für unerlässlich, daß die Abstimmung im Saargebiet ohne jede Einmischung von außen her stattfindet. Sollte dennoch eine Einmischung Frankreichs in der einen oder anderen Form erfolgen, so werde die italienische Regierung ihre Entscheidung treffen.

### Gömbös über seine außenpolitischen Verhandlungen

Budapest, 14. Nov. Im Auswärtigen Ausschuß des Abgeordnetenhauses machte am Mittwoch Ministerpräsident Gömbös Ausführungen über die allgemeine europäische Lage und deren Auswirkungen auf Ungarn. Der Ministerpräsident besaßte sich ferner mit dem Warscheiler Attentat und stellte fest, daß Ungarn im Zusammenhang mit dem Warscheiler Königsmord keine wie immer geartete Verantwortung zugebilligt werden könne. Zum Schluß betonte der Ministerpräsident erneut, daß die italienisch-ungarische feste Freundschaft unverändert bestehe. Sie werde weiterhin die sicherste Grundlage der Ruhe und des Friedens in Mitteleuropa bleiben. Die größte Stütze und der mächtigste Faktor dieser Freundschaft sei die Person des Duce, der unverändert die wärmsten Gefühle für Ungarn und für die gerechte Sache Ungarns hege.

### Eben über die Zusammenkunft mit von Ribbentrop

London, 14. Nov. Im Unterhaus wurde der Lordspeaker von Ribbentrop über seine Zusammenkunft mit Herrn von Ribbentrop befragt. Der Lordspeaker erklärte in seiner Antwort: „Meiner freundschaftliche Unterhaltung hinaus hat sich nichts ergeben. Es ist uns keinerlei neuer Vorschlag gemacht worden. Eine neue Entwicklung liegt nicht vor.“

### Chinesischer Zeitungsmagnat von Räubern ermordet

Schanghai, 14. Nov. Ungeheures Aufsehen erregt die Ermordung des chinesischen Zeitungsmagnaten Sjeliangtsai, des Besitzers der Zeitung „Shunpa“ und Hauptaktionär der „Shinwanpa“. Der Kraftwagen Sjeliangtsais wurde zwischen Hangschau und Haining an der Küste südlich von Schanghai von einem mit lebenden Räubern besetzten Kraftwagen angehalten. Die Verbrecher erschossen den Kraftwagenführer des Zeitungsbefitzers, sowie einen Schulfreund seines Sohnes und verletzten Sjeliangtsai in eine Hütte, in die er geflüchtet war. Sjeliangtsai wurde durch sieben Schüsse niedergestreckt. Der Sohn und die Frau des Zeitungsbefitzers konnten unverletzt entkommen, eine Richtige trug Verletzungen davon. Die Räuber flüchteten.

### lokales

#### Wildbad, 15. November 1934.

**Rechtsberatung für Arbeitnehmer.** Die dieswöchige Sprechstunde der Rechtsberatung der Deutschen Arbeitsfront findet Freitag nachmittags von 4.30—5.30 Uhr im Trauzimmer des Rathauses statt.

**Der zweite „Eintopf“.** Nachdem der Eintopfsantrag im Oktober bereits einen außerordentlich guten Erfolg aufzuweisen hatte, ist schon wieder ein Monat ins Land gegangen, und der zweite Eintopf ist in Sicht. Dabei wollen wir nicht versäumen, uns an die Rede des Führers zur Eröffnung des Winterhilfswerkes zu erinnern, in der er feststellte, daß in ärmeren Stadtteilen die Bevölkerung gebehrlicher sei, als in den Wohnvierteln der bessergestellten Bevölkerung. Schon der erste Eintopfsantrag brachte wieder den Beweis, daß der Führer nur zu Wahres gesagt hatte. So wurde beispielsweise festgestellt, daß der Berliner Stadtteil Neukölln, in dem vorwiegend ärmere Bevölkerung wohnt, im Ergebnis des ersten Eintopfsantrags dieses Winters mit an der Spitze marschiert. Wer also angenommen hat, daß die besser gestellten und begüterten Volksschichten dem Apell des Führers das erwartete Verständnis entgegenbringen würden, hat sich leider gründlich geirrt. Wäre es nicht verdammte Pflicht und Schuldigkeit dieser begüterten Kreise, sich jetzt einmal daran zu erinnern, daß Bestium verpfändet! Müste nicht gerade bei der Sammlung am Eintopf-Sonntag das Sammelergebnis in den Stadtvierteln, in denen die begüterten Volksschichten wohnen, zumindest doppelt so hoch sein, wie in den Arbeitervorstädten? Wenn schon ein Arbeiter 25 bis 50 Pfennig und mehr gibt, dann sollte es für die besser gestellten doch leicht sein, das Doppelte zu geben. Wir richten deshalb an alle die Volksschichten, die bisher für ihre Verhältnisse nie mehr als ein Almosen gegeben haben, den dringenden Apell, sich endlich ihrer Pflichten den ärmeren Volksgenossen gegenüber zu erinnern. Und wenn am nächsten Sonntag die Sammlerin

kommt, wird der Führer feststellen können, ob er jetzt von denen die es angeht, verstanden wird oder nicht.

### Zwangsorganisation

#### im deutschen Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

Meldetermin 1. bis 30. November 1934.

Auf Anordnung des Herrn Reichswirtschaftsministers über Anerkennung der Wirtschaftsgruppe Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe vom 18. September 1934 (Reichsanzeiger Nr. 219 v. 30. Sept. 1934) wurde bekanntlich die Wirtschaftsgruppe Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Reichseinheitsverband des deutschen Gaststättengewerbes G. B., Berlin W 62, Bülowplatz 11, — RWB. —) als alleinige Vertretung ihres Wirtschaftszweiges anerkannt.

Der Wirtschaftsgruppe werden alle Unternehmer und Unternehmungen (natürliche und juristische Personen) angegeschlossen, die eine Schank- oder Gastwirtschaft oder beides gemeinsam betreiben.

Es besteht für diese Unternehmungen also Anmeldepflicht, soweit sie nicht schon vorher Mitglied des RWB. gewesen sind. Dies waren sie nur dann, wenn ein unterschriebener Aufnahmeschein beim RWB. vorliegt.

Nach der Anordnung liegt Schankwirtschaft vor, wenn ohne Rücksicht auf die Betriebsform Speisen und Getränke zum sofortigen Verzehr an Ort und Stelle gewerbsmäßig abgegeben werden; eine Gastwirtschaft liegt vor, wenn ohne Rücksicht auf die Betriebsform Zimmer oder Betten zur vorübergehenden Beherbergung von Fremden gewerbsmäßig vermietet werden. Gast- oder Schankgewerbe ist eine solche Tätigkeit auch dann, wenn sie neben einem anderen Gewerbe (z. B. Industrie, Einzelhandel, ambulantes Gewerbe) ausgeübt wird.

#### Meldepflicht.

Meldepflichtig sind nach der Anordnung des Führers der Wirtschaftsgruppe über das Meldeverfahren daher:

Alle konzessionspflichtigen Gast- und Schankwirtschaften; Beherbergungsbetriebe jeder Art, einschließlich der nicht konzessionierten Fremdenpensionen und Fremdenheime; Bahnhofs- und Speisewagenbetriebe; Speisewirtschaften jeder Art; Kantinenbetriebe, auch soweit sie nicht konzessionspflichtig sind.

#### Der Meldetermin unterliegen nicht:

Die in § 27 Abs. 1 des Gaststättengesetzes vom 28. 4. 1930 (RGBl. 1 S. 146) und dem Gesetz zur Änderung des Gaststättengesetzes vom 9. Okt. 1934 (RGBl. 1 S. 113) von der Erlaubnispflicht ausgenommenen Betriebe mit Ausnahme der Bahnhofswirtschaften und der Speisewagenbetriebe. Es handelt sich hier um Kantinen, Kameradschaftsheime oder Offizierheime der Wehrmacht und Polizei, sowie ihre Messen an Bord, deren Betrieb sich auf den Kreis der Wehrmacht beschränkt, um Erfrischungsanstalten der Reichspost, deren Betrieb sich auf den Kreis der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichspost erstreckt, um die Kantinen des Arbeitsdienstes, deren Betrieb sich auf den Kreis des Arbeitsdienstes beschränkt, weiter um die Kantinen der dem Chef des Ausbildungswesens unterstehenden Sport- und Sportlager, deren Betrieb sich auf den Kreis der Sportler und Lagerinsassen erstreckt, um die Fahrpersonalküchen der Reichsbahn, um den Betrieb von ver- gälltem Branntwein.

#### Alle die genannten Betriebe sind nicht meldepflichtig.

Die Meldetermin unterliegen nicht, soweit sie sich auf die Filialbetriebe, die einzeln gemeldet werden müssen. Der Hauptbetrieb meldet als Anlage, daß er an diesem und jenem Ort noch eine Filiale unterhält. Die Filiale meldet sich bei ihrer örtlichen Meldestelle unter dem Hinweis an, daß sich das Stammhaus dort und dort befindet.

Weiter ist darauf hinzuweisen, daß sich nicht nur konzessionierte Betriebe, sondern alle Betriebe, welche oben genannt sind, anzumelden haben. Bei konzessionierten Betrieben hat sich derjenige anzumelden, der im Besitze der Konzession ist. Bei nicht konzessionierten Betrieben unterliegt der Geschäftsinhaber der Meldepflicht.

#### Meldetermin.

##### Die Anmeldung hat in der Zeit

vom 1. bis 30. November

zu erfolgen. Bis Ablauf dieser Frist müssen unter allen Umständen, wenn sich der Einzelne nicht strafbar machen will, die Anmeldungen vorliegen.

#### Meldestellen.

Die Anmeldung erfolgt bei den Bezirks- und Ortsgruppenverwaltungen des RWB. (ehemalige Vorsitzende der Wirtsvereine), sowie bei sonstigen bekannt gegebenen Melde-Nebenstellen. Im Bezirk Wildbad bei Frau Klotz, Kaufmann König-Karlstraße 71.

#### Meldeverfahren.

Der Meldepflichtige erhält bei der Meldestelle ein Meldeformblatt und einen Fragebogen kostenlos zur Ausfüllung ausgehändigt. Beides ist genauestens auszufüllen. Ungenau ausgefüllte Bordrude werden von den Meldestellen nicht angenommen.

Der Fragebogen dient dem Aufbau der so sehr wichtigen Zentralschicht, die für spätere Arbeiten zum Wohle des Berufsstandes dringend notwendig ist. Es kommt hier auf die erschöpfende Beantwortung aller Fragen und auch auf scheinbare Nebensächlichkeiten sehr an. Der Einzelne kann versichert sein, daß alles was er hier mitteilt, unter vollster Wahrung des Geschäftsgeheimnisses jedes einzelnen Betriebes streng vertraulich behandelt und bearbeitet wird.

Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, daß der Fragebogen auch von den alten RWB.-Mitgliedern genauestens auszufüllen ist.

Ueber die ordnungsgemäß erfolgte Anmeldung und Entrichtung der Meldegebühr erhält der Meldepflichtige für jeden angemeldeten Betrieb eine Quittung.

#### Beginn der Mitgliedschaft und Beitragspflicht.

Die Mitgliedschaft bei der Wirtschaftsgruppe Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe ist durch die Anordnung des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 18. September 1934 auch dann begründet, wenn keine Meldung erfolgt, jedoch bei allen Mitgliedschaftspflichtigen die Beitragspflicht in vollem Umfange auf jeden Fall ab 1. Oktober 1934 besteht.

Umgekehrt bleiben alle Betriebe, die sich irrtümlich oder vor sorglich melden, trotz dieser Meldung auf jeden Fall von allen Pflichten frei. In Zweifelsfällen wird daher dringend eine vorzügliche Anmeldung empfohlen.

Die Mitgliedschaft bei anderen Berufsständen (Meister- oder Bäcker-Innungen, Reichsnährstand) schließt also auf keinen Fall die Mitgliedschaftspflicht zu unserer Wirtschaftsgruppe aus.



# Württemberg Allerlei Schauermärchen

Seit einigen Tagen wird in Stuttgart und Umgebung ein Schauermärchen erzählt, bei dem es an gruseligen Einzelheiten nicht fehlt. In einem Friedhof habe ein sechsjähriges Mädchen auf dem Friedhof Blumen gepflückt und sei dabei vom Friedhofswärter betrogen worden. Um das Kind zu strafen, habe es der Wärter ohne viel Umstände ins Leichenhaus gesperrt, in dem sich die Leiche einer älteren Frau befunden habe. Sei es nun mit Absicht oder aus Bergehrlichkeit, jedenfalls habe er hernach unterlassen, das Kind wieder aus seinem schrecklichen Gefängnis freizugeben, so daß dieses die ganze Nacht in der Gesellschaft der Toten im Leichenhaus hätte verbringen müssen. Erst am anderen Morgen habe der Mann sich des Mädchens wieder erinnert. Doch als die Leichenhalle geöffnet worden sei, habe man das Kind schreckensbleich und mit schlohweißen Haaren aufgefunden. Der Schrecken sei so groß gewesen, daß das Kind sich davon nicht wieder erholt habe und wenige Stunden darauf gestorben sei. Der Friedhofswärter habe sich daraufhin heimlich entfernt und sei bald danach aufgefunden worden.

Dieses Schauermärchen ist, wie die Polizei mitteilt, frei erfunden. Es werden im Augenblick Erhebungen angestellt, um den Urheber dieses Gerüchtes festzustellen.

Ein zweites Gerücht geht in Stuttgart um und hat noch mehr Verbreitung als jenes gefunden.

Bei diesem zweiten Gerücht handelt es sich um folgendes: Ein Kind aus Gablingen habe auf dem Handrücken und am Handgelenk einen Hautausschlag bekommen. Man habe es zum Arzt gebracht, aber der Ausschlag sei nicht geheilt. Darnach sei das Kind zum Stadtarzt zur Untersuchung gekommen, und hier habe man festgestellt, daß das Kind leprafrank sei. Man sei der Angelegenheit nachgegangen und habe dann erfahren, daß das Kind einige Zeit vor seiner Erkrankung beim Spiel eine Bananenschale um das Handgelenk gewickelt habe und dann leprafrank geworden sei.

Das Gerücht weiß dann weiter, daß das Kind in aller Stille mit dem Flugzeug nach Berlin geschafft worden sei. Von diesem Zeitpunkt an hätten nicht einmal die Eltern mehr etwas von ihrem Kind erfahren. Es ist bezeichnend dafür, wie sehr dieses Gerücht für wahr genommen wurde, daß man von denen, die davon erzählten, hören konnte; man könne sogar vom vorherigen Gewächsmann den Namen usw. der Eltern erfahren.

Selbstverständlich ist auch an dieser Geschichte kein Wort wahr.

Interessant ist, daß auch in anderen Städte genau die gleichen Schauermärchen erzählt werden. In den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ findet sich aus Erfurt ein Drahtbericht, in dem es heißt:

Das Polizeipräsidium wendet sich mit einer Erklärung gegen die Verbreiter unsinniger Gerüchte, die in den letzten Tagen in Erfurt umfassen und große Unruhe hervorgerufen hatten. So sei das Gerücht verbreitet worden, daß ein sechsjähriges Mädchen auf dem Hauptfriedhof beim Stehlen von Blumen abgefaßt und in die Leichenhalle eingesperrt worden sei. Das Kind sei dort veressen und dann nach einigen Stunden tot aufgefunden worden. Dieses Gerücht ist ebenso frei erfunden, wie ein zweites, nach dem ein Kind von einer Bananenschale, die es sich um den Arm gewickelt habe, leprafrank geworden und mit einem Flugzeug nach Königsberg in eine Klinik für Leprafranke geschickt worden sei.

## Aenderung in der Auszahlung der Beamtengehälter in Württemberg

Stuttgart, 14. Nov. Das Württ. Staatsministerium hat, wie bereits mitgeteilt, beschlossen, daß die monatlich vorauszahlbaren Dienst- und Versorgungsbezüge der württembergischen Staatsbeamten, Ruhestandsbeamten und ihrer Hinterbliebenen mit Wirkung vom 1. Dezember d. J. an wie beim Reich ausbezahlt werden sollen, d. h. die eine Hälfte der Bezüge am letzten Werttag des vorhergehenden Monats, die andere Hälfte zehn Tage später. Durch diese Maßnahme wird eine längst als unbillig empfundene bisherige Benachteiligung der württ. Beamten gegenüber den Reichsbeamten, nämlich die Auszahlung der zweiten Hälfte des Monatsbezugs erst als Nachzahlung am Schluß des Monats, zur großen Genugtuung der württ. Beamten endlich beseitigt. Demgemäß wird nun die Gehalts- bzw. Pensionszahlung am Ende dieses Monats, also am 1. Dezember d. J., neben der ersten Hälfte des Bezugs für den Monat Dezember, nochmals wie bisher die Nachzahlung der zweiten Hälfte des Monatsbezugs umfassen, wozu dann am 10. Dez. erstmals die Vorauszahlung der zweiten Monatshälfte (für Dezember) erfolgt. Ab 31. Dezember wird dann am letzten Werttag des Monats regelmäßig die eine Hälfte und am 10. des folgenden Monats die andere Hälfte des Monatsbezugs ausbezahlt werden.

**Dank des Ministerpräsidenten.** Zu meinem 50. Geburtstag sind mir aus allen Kreisen der Bevölkerung und besonders der Nationalsozialistischen Bewegung so zahlreiche Glückwünsche und Zeichen treuer Anhänglichkeit zugegangen, daß ich nicht im einzelnen antworten kann. Ich bitte auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank abtrotzen zu dürfen. Die zum Ausdruck gekommene Verbundenheit, besonders mit den alten Kämpfern der Bewegung, wird für mich ein neuer Ansporn sein, auch in den kommenden Lebensjahren meine ganze Kraft einzusetzen für unser Volk und Vaterland. Heil Hitler! (gez.) Wergenthaler.

Stuttgart, 14. Nov. (60. Geburtstag.) Am Donnerstag kann der Chormeister des Stuttgarter Liebertanzes, Kammerjäger August Rieß, seinen 60. Geburtstag begehen. Seit 13 Jahren bekleidet er sein Amt in vorbildlicher Treue und Pflückerfüllung und im Sinne der hohen kulturellen Bedeutung, die dem deutschen Lied zukommt.

Eine eiserne Straße. Bei dem in letzter Zeit vorgenommenen endgültigen Ausbau der Straßenkreuzung Cannstatter-, Diagonal- und Poststraße in Stuttgart-Verg hat das Stadt. Tiefbauamt einen interessanten Versuch mit einem neuen Verfahren im Straßenbau gemacht. An dieser Stelle der sehr stark benutzten Schnellverkehrsstraße ist ein besonders dauerhafter, nicht glatt werdender Belag notwendig. Der Übergang von der geraden Straße in die Kurve ist daher in einer Ausdehnung von etwa 100 Quadratmeter als „eiserne“ Straße ausgeführt worden. Auf der bestehenden Fahrbahn ist ein mit Bitumen untergossener eiserner Korb in Wabenform aufgestellt worden. Es scheint in diesem Verfahren ein zweckmäßiges Mittel gefunden zu sein, um an „kritischen“ Stellen dem Verkehr einen sicheren Weg zu schaffen.

Neuhausen a. F., 14. Nov. (Autounfall.) Autobesitzer Freiherr Eßlingen war mit dem Reisenden Schöner aus Eßlingen auf der Heimfahrt von Wolfslüngen her. In der Kurve überschlug sich das Auto einigemal und warf die beiden Insassen aus dem Wagen. In der Nähe weilende Spaziergänger hörten das Krachen und eilten darauf zur

# Seine Eintopfsontage



Streich sie dir im Kalender an

Anfallstelle, die einen schauerlichen Anblick bot. Mit vereinten Kräften brachte man die Verletzten in den Omnibus und führte sie ins Krankenhaus nach Oberklingen.

Urach, 14. Nov. (Neuer Bahnhof.) Am Montag wurde das Richtfest des neuen Uracher Bahnhofs gefeiert. Das neue Bahnhofgebäude ist eineinhalbmal so groß wie das alte Bauwerk und weist eine Gesamtlänge von 32 32 Meter auf.

Düßlingen, 14. Nov. (Einbruch.) In der Nacht zum Sonntag wurde bei Hirschwirt und Uhrmacher Maier hier eingebrochen. Aus einem Fenster wurde die Scheibe herausgeschossen, um in den Laden zu kommen, wo Uhren im Werte von 500—600 RM. entwendet wurden.

Eßlingen, 14. Nov. (Autounfall.) Der Lastzug des Autounternehmers Christian Wiedmaier fuhr Dienstag bei starkem Nebel bei Augsburg eine Böschung hinunter. Hierbei wurde Christian Wiedmaier getötet. Sein Schwager Robert Köckle, der am Steuer war, wurde leicht verletzt.

Ludwigsburg, 14. Nov. (Todesfall.) Unerwartet rasch ist Gerichtsnotar D. Karl Bredt vom Tode abberufen worden. Noch am 29. Oktober konnte der 88jährige mit seiner Gattin verhältnismäßig rüstig das seltene Fest der Diamanten Hochzeit feiern.

Badnang, 14. Nov. (Tödlicher Ausgang.) Der Holzarbeiter Eugen Wieland von Nierensbach wurde in Grab bewußtlos aufgefunden. Die Erhebungen haben ergeben, daß mehrere junge Leute nach einem Festgelage in Streit geraten sind. Das Opfer der Schlägerei wurde Wieland. Der Schwerverletzte ist seinen Verwundungen erlegen. Zwei beteiligte Täter wurden in Haft genommen.

Badnang, 14. Nov. (Todesfall.) Stadtkirch Dr. med. Karl Koert ist hier im Alter von 79 Jahren gestorben.

Neuhausen, 14. Nov. (Tödlicher Unfall.) Am Dienstagabend wurde in der Gartenstraße die 50 Jahre alte Zeitungs-Expeditin Regine Burkhardt von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geschleubert. Dabei zog sich die Frau eine schwere Gehirnerschütterung zu, an deren Folgen sie gestorben ist.

Göppingen, 14. Nov. (Autofahrt in Schafherde.) In der Nacht zum Dienstag ereignete sich am Ortsausgang von Ufingen bei der Blaubachbrücke ein schweres Unglück. Eine von Ebersbach kommende Schafherde war auf dem Weg zum Schafmarkt in Göppingen, als aus Ufingen heraus ein in Richtung Jaurndau kommender Personenwagen in die Herde hineinfuhr. Eine Anzahl Schafe wurden auf

die Straße geworfen. Drei davon erlitten so schwere Verletzungen, daß sie notgeschlachtet werden mußten.

Dehringen, 14. Nov. (Das Auge ausgeworfen.) Am Sonntag nachmittag traf den 13jährigen Erhard Schramm von hier durch einen unglücklichen Zufall ein Stein so heftig ins Auge, daß dieses ausgeworfen wurde und trotz sofortiger Ueberführung ins Krankenhaus nicht mehr gerettet werden konnte.

Ellwangen, 14. Nov. (Amtseinführung.) Am Montag fand in Ellwangen die feierliche Amtseinführung des Landgerichtspräsidenten Kriemel, früher Oberlandgerichtsrat in Stuttgart, durch Justizminister Dr. Schmid statt.

Steigberg, 14. Nov. (Brand mit Milchgeldschicht.) Sonntag vormittag brach im Dachboden des Wohn- und Delonomiegebäudes von Anton Felber in Steigberg auf bis jetzt noch nicht bekannte Weise Feuer aus. Den Einwohnern von Steigberg gelang es durch sofortiges tatkräftiges Eingreifen das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und abzulöschen. Infolge Wassermangels wurde das Feuer zum Teil mit Magermilch gelöscht.

Tagstzell, 14. Nov. (Unhöfliche U b s i e d.) Ein hiesiger Landwirt verkaufte seinen Wolfshund an den Hundeschlächter. Als er das Tier diesem übergab, biß der Hund zum Abschied seinem Herrn in die Hand durch, sodaß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

**Wäckermeister in Schutzhaft.** Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Südwest gibt bekannt: „Ich habe mich genötigt gesehen, einen Wäckermeister durch das Geheime Staatspolizeiamt in Schutzhaft nehmen zu lassen, weil er fortgesetzt den gesetzlichen Bestimmungen, sowie meinen Anordnungen zuwider gehandelt hat. Gegen den betreffenden Betriebsführer wird außerdem das Ehrengerichtsverfahren eingeleitet werden. Ich nehme diesen Fall zum Anlaß, sämtliche Betriebsführer darauf hinzuweisen und zu ermahnen, daß die gesetzlichen Bestimmungen, sowie die Anordnungen des Treuhänders der Arbeit unbedingt zu befolgen sind und daß gegen widerspenstige und unsoziale Betriebsführer unmissverständlich vorgegangen wird.“

## Sport und Spiel

England schlägt Italien 3:2 (3:0)

Das wichtigste Spiel des Jahres ging am Mittwoch vor 60 000 Zuschauern in London vor sich, wo die englische Nationalmannschaft den Fußball-Weltmeister Italien in einem packenden Kampf verdient mit 3:2 (3:0) besiegte.

Mit dem Anpfiff trieb der englische Angriff sogleich den Ball durch die italienischen Linien, so daß die Italiener bald verwirrt sind. Ein italienischer Verteidiger kann nur noch im letzten Moment den englischen Halbrechten Bowden durch Umlegen im Strafraum regelwidrig vom Ball trennen. Ein kurzer Pfiff des Schiedsrichters und Dixon legt den Ball auf den Elfmeterpunkt. Aber Ceresoli hält in einer wunderbaren Parade den kraftvoll geschossenen Ball. Bald darauf hatte Brool sich fein durchgespielt, schießt scharf aus vollem Lauf und diesmal muß sich Ceresoli geschlagen bekennen. England führt 1:0. Es sind kaum zehn Minuten verstrichen, als nach schöner Zusammenarbeit der englische Halbrechte Bowden das Leder zum zweitenmal für seine Mannschaft ins italienische Tor jagt. Die Engländer liegen auch weiterhin im Vorteil. So nimmt das Verhängnis weiter seinen Lauf und um die Mitte der ersten Halbzeit kann der englische Rechtsaußen Matthews den Halbzeitstand von 3:0 herstellen.

Nach der Pause kommen nur noch 10 Italiener wieder auf den Platz. Monti, der schon vor dem Wechsel für einige Zeit verletzt ausgeschieden war, kann nicht mehr mit antreten. Mit einem restlosen Kräfteeinsetz machten die Italiener das fast unmögliche wahr und machten aus einer drohenden schweren Schlappe noch eine ehrenvolle Niederlage. Italiens Kampfsgeist beherrschte die ganze zweite Halbzeit. Angeseuert von ihren taufenden Landsleuten auf den Tribünen und Stehplätzen wuchsen die italienischen Spieler über sich selbst hinaus. Bei einem weiteren der vielen Angriffe erspähte Meazza eine günstige Schußgelegenheit und wuchtig sauste das Leder ins englische Tor. Nur wenig später kam Italien auf 3:2 heran. Angesichts der Wendung des Spieles rissen die Engländer sich zu einer Gewaltleistung zusammen und es gelang auch vorübergehend, das italienische Tor zu gefährden, aber die bestgeeinten Schüsse von Matthews wurden meist eine Beute des nicht zu überwindenden Ceresoli.

Herausgeber und Verlag: Runddruckerei und Zeitungsverlag „Bildbader Tagblatt“ Bildbader Tagblatt, Bildbader L. Schwarzwald (Znb. 25. 26.) 29 10. 34. 736

**1000 Pfund**  
fränkische  
**Teigwaren**  
eingetroffen!

Orteig-Nudeln 1. gef.  
Orteig-Makkaroni @ 35 ¢  
Orteig-Nudeln

Eier-Nudeln 1. gef.  
Eier-Makkaroni @ 40 ¢  
Eier-Nudeln

**In der hyn. Verpackung!**  
Eier-Spaghetti 1 Pfd. 45 ¢  
Eier-Suppennudeln 1/2 Pfd. 25 ¢  
Eier-Nudeln 1/2 Pfd. 25 ¢  
Eier-Sternchen 1/2 Pfd. 25 ¢

**Schützen Sie sich gegen Husten und Heiserkeit!**  
Hustenbonbons 1/2 Pfd. 28 ¢  
Honigbienen 1/2 Pfd. 35 ¢  
Dr. Wülstenfeld's Eucalyptus Menthol-Bonbons 1/2 Pfd. 48 ¢

... und 3% Rabatt

**Otto Vob** Niederlage von  
**Thams & Garfs**  
Hamburger Kaffee-Lager

**R. E. V.**  
Reichseinheitsverband des deutschen Gaststättengewerbes  
Meldestellen im Kreis Neuenbürg:  
**Bezirk Wildbad:**  
Meldestelle: Klob, Friz, Rfm., König-Karlstr. 71.

**Druckarbeiten**

FÜR PRIVAT:	Besuchskarten Verlobungs- und Hochzeits-Karten Trauerkarte und -Briefe
FÜR HANDEL GEWERBE INDUSTRIE:	Briefbogen, Rechnungen Quittungen, Prospekte Wein- und Speisekarten Lieferscheine, Rundschreiben
FÜR VEREINE:	Mitgliedskarten Eintrittskarten Programme, Satzungen Festbücher, Liedertexte usw.

Verlangen Sie Preisangebote

Liefert kurzfristig und in sauberer Ausführung

**Wildbader Tagblatt**

Spendet für das Winterhilfswerk  
des deutschen Volkes 1934-35

Für den Gau Württemberg-Hohenzollern bestimmte Spenden sind zu richten an Postcheckkonto Stuttgart Nr. 103 und Girokonto der Württ. Landesparität Nr. 4600.